

„Heim-TÜV“ III 2023

Kommunale Unterbringung von
Geflüchteten in Sachsen



Der Sächsische
Ausländerbeauftragte



„Heim-TÜV“ III 2023

Kommunale Unterbringung von
Geflüchteten in Sachsen

– Bewohnerperspektive –

Rebecca Renatus und Anja Obermüller



Inhalt

Danksagung	5
Auf einen Blick – Kernbefunde der Studie	6
1 Hintergrund der Studie	7
2 Forschungsstand – Unterbringungssituation von Geflüchteten	8
3 Status-Quo der Unterbringung von Geflüchteten in Sachsen	9
4 Untersuchungsansatz	10
5 Übersicht über die Befragten	12
5.1 Migrationsgeschichte	12
5.2 Unterbringung seit der Ankunft in Deutschland	12
Erfahrungen mit Aufnahmeeinrichtungen	13
5.4 Aufenthaltsstatus	14
5.5 Deutschkenntnisse und Zugang zu Sprachkursen	14
5.6 Erwerbstätigkeit	15
5.7 Zukunftswünsche	17
6 Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften	17
6.1 Forschungsstand	17
6.2 Ergebnisse der Bewohnerbefragung	19
6.2.1 Allgemeine Zufriedenheit mit der Unterbringungssituation	19
6.2.2 Kommentierungsform	19
6.2.3 Zur Verfügung stehender Wohnraum	20
6.2.4 Ausstattung	20
6.2.5 Zustand Zimmer / Unterkunft	21
6.2.6 Sauberkeit / Hygiene	22
6.2.7 Lage / Infrastruktur	22
6.2.8 Alltag / Freizeit	22
6.2.9 Kontakte zu anderen Bewohnern	23
6.2.10 Kontakte außerhalb der Unterkunft / Integration	24
6.2.11 Sozialbetreuung	25
6.2.12 Sicherheitsempfinden und Diskriminierungserfahrungen	25
6.3 Fazit – Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften	26

7	Dezentrale Unterbringung	26
7.1	Forschungsstand	26
7.2	Ergebnisse der Bewohnerbefragung	28
7.2.1	Allgemeine Zufriedenheit mit der Unterbringungssituation	28
7.2.2	Zur Verfügung stehender Wohnraum	28
7.2.3	Ausstattung	28
7.2.4	Zustand Wohnung / Haus	29
7.2.5	Lage / Infrastruktur	29
7.2.6	Alltag / Freizeit	30
7.2.7	Kontakte zu Nachbarn	30
7.2.8	Weitere Kontakte / Integration	31
7.2.9	Sozialbetreuung	32
7.2.10	Sicherheitsempfinden und Diskriminierungserfahrungen	32
7.3	Fazit – Dezentrale Unterbringung	33
8	Methodenkritik	33
9	Interpretation der Ergebnisse und Handlungsempfehlungen	34
10	Literaturverzeichnis	38
11	Anhang	41
11.1	Soziodemografika der Befragten	41
11.2	Gesprächsleitfäden	43

Danksagung

Die Durchführung der vorliegenden Studie wäre ohne die Unterstützung zahlreicher Personen nicht möglich gewesen. Wir möchten uns daher bei allen Akteuren und Akteurinnen¹ ganz herzlich bedanken, die zum erfolgreichen Abschluss dieser qualitativen Befragung beigetragen haben. Ein ganz besonderer Dank gilt zunächst allen Befragten für ihre Bereitschaft, uns im Rahmen persönlicher Interviews Auskunft über ihre Lebenssituation und Erfahrungen zu geben. Ein Großteil der face-to-face durchgeführten Gespräche fand in den Wohnungen der Interviewten oder in Räumlichkeiten von Gemeinschaftsunterkünften statt. Wir wurden stets mit großer Gastfreundschaft empfangen und möchten uns für das entgegengebrachte Vertrauen sehr bedanken. Ein weiterer Dank geht an alle Akteure aus dem Bereich der Flüchtlingssozialarbeit, die sich Zeit genommen haben, mit uns im Rahmen persönlicher Gespräche über das Studiendesign zu reflektieren, und die ihre Erfahrungen im Umgang mit Geflüchteten mit uns geteilt haben. Darüber hinaus möchten wir uns bei allen Personen (Haupt- und Ehrenamtliche in der Flüchtlingssozialarbeit, Heimleitungen und Verantwortliche auf kommunaler Ebene) bedanken, die uns Kontakte zu Geflüchteten vermittelt und teilweise auch Räumlichkeiten für die Durchführung der Interviews zur Verfügung gestellt haben. Nur durch ihre Zuarbeit konnten wir so viele Gespräche mit Menschen in kommunaler Unterbringung führen. Ferner gilt unser Dank dem Team der Servicestelle für Sprach- und Integrationsmittler bei der AWO SONNENSTEIN gemeinnützige GmbH, insbesondere Frau Lilia Kochkorbaeva, Frau Ezgi Senol und Herrn Ahmed Aslaoui, die uns sehr zuverlässig Sprachmittler vermittelt und zum Teil auch selbst bei Interviews übersetzt haben. Insgesamt danken wir allen Sprachmittlern, die es uns ermöglicht haben, die Gespräche in der Herkunftssprache der Geflüchteten zu führen. Nicht zuletzt möchten wir uns bei dem Sächsischen Ausländerbeauftragten und seinem Team, insbesondere Frau Magdalena Hovancová und Herrn Christoph Hindinger, bedanken, die uns als Auftraggeber der Studie viel Vertrauen entgegengebracht, zahlreiche Materialien und Dokumente zur Unterfütterung der Studie zur Verfügung gestellt und stets als kompetente Ansprechpartner zur Verfügung gestanden haben.

Rebecca Renatus und Anja Obermüller
Dresden, Juli 2023

1) In dem vorliegenden Bericht wird im Folgenden nicht mehr ausdrücklich in geschlechtsspezifischen Personenbezeichnungen differenziert. Mit der jeweils gewählten grammatikalischen Form sind stets alle Menschen, unabhängig vom Geschlecht, gemeint. Die platzsparende Ausdrucksweise dient der besseren Lesbarkeit sowie der Barrierefreiheit.

Auf einen Blick – Kernbefunde der Studie

Die Integration und soziale Teilhabe von Geflüchteten hängt in hohem Maße von deren Unterbringung ab. Welche Bedingungen liegen in diesem Zusammenhang im Bundesland Sachsen vor? Dieser Frage geht die vorliegende „Heim-TÜV“-Studie zur kommunalen Unterbringung von Geflüchteten in Sachsen nach. Im Blickpunkt steht dabei erstmals die Bewertung der Unterbringungssituation aus Sicht der Betroffenen.

- Personen in dezentraler Unterbringung zeigen insgesamt eine hohe Zufriedenheit mit der eigenen Unterbringungssituation. Das Leben in einer Privatwohnung ermöglicht eine selbstbestimmte Lebensführung und ein hohes Maß an Privatsphäre.
- Kritik wird nur an einzelnen Aspekten geübt und zwar grundlegend an der fehlenden Mitbestimmung bei der Auswahl der Wohnung sowie der fehlenden Transparenz bei der Zuweisungspraktik. Darüber hinaus gibt es einige individuelle Kritikpunkte. Kinderreiche Familien nehmen die Anzahl der zur Verfügung stehenden Wohnräume vielfach als unzureichend wahr. Auch der Zustand von Wohnung und Mobiliar sowie die Lage der Wohnungen werden in Teilen kritisiert. Insgesamt bestehen unterschiedliche Ausgangsbedingungen, die mit einheitlichen Vorgaben zur dezentralen Unterbringung seitens der Landesregierung besser reguliert werden könnten.
- Die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften wird als akzeptable Zwischenlösung wahrgenommen. Der Umzug in eine Privatwohnung sollte vor dem Hintergrund besserer Wohnbedingungen, erhöhter Integrationspotenziale sowie (langfristiger) finanzieller Vorteile für die Kommunen jedoch ein allgemeines Ziel der kommunalen Flüchtlingspolitik darstellen.
- Die konkrete Zufriedenheit mit der Unterbringungssituation in Gemeinschaftsunterkünften variiert stark und ist von einer Vielzahl von Faktoren abhängig. Eines der zentralen Kriterien ist die Unterbringungsform. Personen, die in abgeschlossenen Wohneinheiten mit eigenem Bad und eigener Küche leben, bewerten ihre Situation deutlich positiver als Personen, die auf die Nutzung von Gemeinschaftsanlagen angewiesen sind.

Letztere berichten deutlich häufiger von Konflikten im alltäglichen Zusammenleben sowie Problemen mit der Sauberkeit.

- Insbesondere bei Einrichtungen mit Gemeinschaftsanlagen sind die Größe der Unterkunft sowie die Sozialstruktur der Bewohner ausschlaggebende Faktoren des subjektiven Wohlbefindens. Kleinere Unterkünfte mit maximal 80 Bewohnern begünstigen eine intensivere Vernetzung der Bewohner untereinander. Zudem zeigen sich hier tendenziell bessere Ausgangsbedingungen in Bezug auf die Freizeitgestaltung – sowohl in Bezug auf das Vorhandensein und die Ausstattung von Gemeinschaftsräumen und Außenanlagen als auch das Freizeitangebot seitens der Einrichtung (z. B. Veranstaltungen, Kurse). In größeren Unterkünften mit überwiegend alleinstehenden Männern wird hingegen häufiger von Konflikten unter den Bewohnern berichtet, die vielfach zum Rückzug der Bewohner führen.
- In Einzelfällen berichten Bewohner von Gemeinschaftsunterkünften über Zustände, die von den Mindestanforderungen an eine humanitäre Unterbringung z.T. stark abweichen. Um problematische Einrichtungen schnell identifizieren zu können, gilt es eine verbindliche Kontrolle der Einhaltung der vom Bundesland empfohlenen Mindeststandards einzurichten.
- Der Aufenthaltsstatus ist ein zentrales Kriterium der individuellen Lebensqualität, der die Bewertung der Unterbringungssituation stark überlagert. Ein gesichertes Bleiberecht in Deutschland und die damit verbundene Möglichkeit ein selbstbestimmtes Leben zu führen sind eine existenzielle Grundlage für alle Geflüchteten. Vor diesem Hintergrund gilt es nicht nur die konkrete Ausgestaltung der kommunalen Unterbringung sondern auch die Rahmenbedingungen einer erfolgreichen Integration in den Blickpunkt zu nehmen, zu denen auch die Möglichkeiten zum Spracherwerb sowie der Zugang zum Arbeitsmarkt zählen. Die Studie zeigt in diesem Zusammenhang einen deutlichen Verbesserungsbedarf – ein Befund, der insbesondere im Hinblick auf den bestehenden Arbeitskräftemangel von hoher Relevanz ist.

- Die Studie gibt einen detaillierten Einblick in das Alltagsleben von Geflüchteten in kommunaler Unterbringung in Sachsen. Sie kann aufgrund des qualitativen Methodendesigns allerdings kein vollständiges Bild der Unterbringungssituation liefern. Zudem ist aufgrund der Rekrutierung der Interviewpartner durch Ansprechpartner der Flüchtlingssozialarbeit von einer positiven Verzerrung der tatsächlichen Situation auszugehen.

1 Hintergrund der Studie

Mit den „Heim-TÜV“-Studien aus den Jahren 2011, 2013, 2017 und 2019 liegen bereits vier Studien vor, die die Unterbringungssituation von Geflüchteten in Sachsen systematisch untersuchen. Die vorliegende Studie – durchgeführt von der Dresdner Forschungswerk GmbH in wissenschaftlicher Begleitung von Prof. Dr. Lutz M. Hagen, Geschäftsführender Direktor des Instituts für Kommunikationswissenschaft an der TU Dresden – stellt eine Fortführung der wissenschaftlichen Analyse der Unterbringung von Geflüchteten in Sachsen dar, greift durch den Fokus auf die Perspektive der Flüchtlinge nunmehr allerdings eine wesentliche Forschungslücke auf. Sie unterscheidet sich damit von den ersten „Heim-TÜV“-Studien, in denen Gemeinschaftsunterkünfte durch eine Kombination von Beobachtung und Befragung nach einem konkreten Bewertungssystem evaluiert wurden (SAB, 2012 und SAB, 2014) sowie den beiden zuletzt veröffentlichten „Heim-TÜV“-Studien, die einen umfassenden Überblick über die dezentrale Unterbringung (SAB, 2017) sowie gemeinschaftliche Unterbringung in Sachsen (Patzelt & Meißelbach, 2019) liefern. Während im „Heim-TÜV“ 2017 Mitarbeitende der unteren Unterbringungsbehörden und im „Heim-TÜV“ 2019 (in Kombination mit einer Beobachtung) Heimleitungen befragt wurden, stehen nun erstmals die Erfahrungen der Betroffenen im Blickpunkt, die bislang nur unsystematisch („Heim-TÜV“ 2011 und 2013) oder indirekt über die Befragung von Sozialarbeitern sowie kommunalen Ausländer- und Integrationsbeauftragten („Heim-TÜV“ 2017) bzw. Heimleitungen („Heim-TÜV“ 2019) einbezogen wurden. Im Erkenntnisinteresse der aktuellen „Heim-TÜV“-Studie steht nunmehr die Bewertung der gemeinschaftlichen und dezentralen Unterbringung in Sachsen aus Sicht der Bewohner und Bewohnerinnen. Ziel ist es, einen detaillierten Einblick in die persönliche Wahrnehmung der Unterbringungssituation zu gewinnen und auf dieser Basis Verbesserungsmöglichkeiten zu identifizieren.

Seit Beginn des Monitorings der Unterbringungssituation im Rahmen der „Heim-TÜV“-Studie ist die Zahl an Flüchtlingen enorm gestiegen. 2011 hat Sachsen 2.695 Asylsuchende aufgenommen (SAB, 2013, S.240), 2021 waren es 18.474 Asylsuchende (SMI, 2023a). Die stetig zunehmende Anzahl an Flüchtlingen stellt Länder und Kommunen vor große Herausforderungen. Sie stehen vor der Aufgabe ausreichend Wohnraum bereitzustellen und eine adäquate Betreuung sowie die Integration von Flüchtlingen zu ermöglichen.

Die Unterbringung von Geflüchteten gilt als ein Schlüsselfaktor für Integration und soziale Teilhabe (z. B. Braun & Dwenger, 2020; Esser, 2001; Forschungsbereich SVR & Robert Bosch Stiftung, 2017, S.12) und stellt zudem einen relevanten Aspekt der individuellen Lebensqualität dar (Brücker et al., 2016). Es ist davon auszugehen, dass ein Großteil der Menschen, die neu in Deutschland ankommen, eine lange Zeit bleibt und hier auch eine neue Heimat finden wird. Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, die Bedingungen des Ankommens und der anfänglichen Unterbringung systematisch zu beleuchten.

2 Forschungsstand – Unterbringungssituation von Geflüchteten

Es liegen bereits einige Untersuchungen vor, aus denen sich grundlegende Erkenntnisse zur Unterbringungssituation von Geflüchteten zusammentragen lassen. Zum einen handelt es sich dabei um Studien, welche die kommunale Flüchtlingspolitik beleuchten. Hierzu zählen Befragungsstudien kommunaler Akteure (z. B. Aumüller, Daphi & Biesenkamp, 2015; Flüchtlingsrat NRW, 2022; Institut für Demoskopie Allensbach, 2016), Fallstudien zur kommunalen Unterbringung (Aumüller & Bretl, 2008; BBSR, 2017; Deutscher Landkreistag, 2016) sowie Analysen von Unterbringungskonzepten (Hess & Elle, 2017, Wendel, 2014). Zum anderen sind in den letzten Jahren auch mehrere Studien publiziert worden, welche die Perspektive der Geflüchteten im Rahmen von qualitativen (Baraulina & Bitterwolf, 2016; Bohn, Landes, Seddig & Warkentin, 2017; Brücker et al., 2016; Leßke, Singfield & Blasius, 2019; Forschungsbereich SVR & Robert Bosch Stiftung, 2017) sowie quantitativen Befragungen (Baier & Siegert, 2018; Brücker, Rother & Schupp, 2016; Deger et al., 2017) analysieren. Das Thema Wohnen bzw. Unterbringung wird hierbei vielfach als ein Aspekt der Lebenslage oder ein Faktor der Integration beleuchtet. Einige wenige Studien betrachten die Wohnsituation im Zusammenhang mit anderen sozialwissenschaftlichen Konzepten, z. B. der gesundheitlichen Situation (Behrens & Groß, 2004) oder dem Auftreten von Konflikten (Christ, Meininghaus & Röing, 2017; FaZiT, 2016).

Bis auf die bundesweit angelegten Studien IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten (Baier & Siegert, 2018; Brücker, Rother & Schupp, 2016; Tanis, 2022) sowie IAB-BiB / FreDA-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten aus der Ukraine (IAB, BiB, BAMF & SOEP, 2022) liegt der Fokus der Forschung zur Unterbringung von Geflüchteten in der Regel auf einzelnen Bundesländern. Mit Ausnahme der „Heim-TÜV“-Studien (SAB, 2012; SAB, 2014; SAB, 2017 und Patzelt & Meißelbach, 2019) gibt es bislang nur vereinzelte Studien, die sich mit der Unterbringungssituation von Geflüchteten in Sachsen beschäftigen. Einige Untersuchungen beleuchten im Rahmen von spezifischen Fallstudien zwar die Unterbringungspolitik in Sachsen (z. B. BBSR, 2017; Deutscher Landkreistag, 2016), allerdings lassen sich daraus keine übergreifenden Erkenntnisse zur Unterbringungssituation ableiten. In anderen Studien wurden Flüchtlinge aus Sachsen u.a. zur Unterbringung befragt (Brücker et al., 2016; Forschungsbereich SVR & Robert Bosch Stiftung, 2017), hier wurden aber keine bundesland-spezifischen Ergebnisse in Bezug auf die Unterbringungssituation ausgewiesen. Einzig die Analysen von Aumüller,

Daphi und Biesenkamp (2015), Müller (2013) und Wendel (2014) liefern einige grundlegende Daten zur Unterbringungssituation in Sachsen, die sich aber vor allem auf die Rahmenbedingungen der Unterbringung beziehen.

Auch wenn der Forschungsstand zur Unterbringungssituation von Geflüchteten vielfach noch lückenhaft ist, können bereits einige Erkenntnisse zur Zufriedenheit mit der Wohnsituation in Bezug auf die gemeinschaftliche und dezentrale Unterbringung zusammengetragen werden. Einleitend werden an dieser Stelle zunächst Kriterien zur Bewertung der Unterbringungssituation präsentiert, welche in der vorliegenden Studie herangezogen wurden. Der Forschungsstand zu speziellen Unterbringungsformen wird entsprechend in den Ergebniskapiteln zur Unterbringungssituation in Gemeinschaftsunterkünften und dezentraler Unterbringung (siehe Kapitel 6 und 7) aufgearbeitet.

Die Unterkunft sollte im Allgemeinen einen „Raum für Schutz, Stabilität, Privatsphäre und soziale Interaktionen“ (Brücker, Rother & Schupp, 2016, S.32) bieten und bildet somit eine wichtige Grundlage für den weiteren Integrationsprozess (z. B. im Hinblick auf den Spracherwerb sowie die Eingliederung in den Arbeitsmarkt, siehe Baier & Siegert, 2018, S. 38f. u. IAB et al., 2022, S. 11). Einhergehend mit diesen grundlegenden Aspekten differenziert die Forschung weitere Kriterien, die für die Zufriedenheit mit der Wohn- bzw. Unterbringungssituation relevant sind. Dazu gehören die Wohnform, die Lage der Unterkunft im Sinne der Anbindung an den öffentlichen Personennahverkehr sowie der Erreichbarkeit von Einkaufsmöglichkeiten, Ärzten, Behörden, Beratungsmöglichkeiten, Bildungs- sowie Freizeitangeboten, der zur Verfügung stehende Wohnraum und die Ausstattung des Wohnraums (Baier & Siegert, 2018, S. 8f.; Aumüller, Daphi & Biesenkamp, 2015, S. 66f.). Mit diesen überwiegend objektiv beobachtbaren Merkmalen einer Unterbringung sind weitere Faktoren verbunden, die das individuelle Wohlbefinden beeinflussen. Dazu gehören der Zugang zu Bildung (konkret: Schulbildung, beruflicher Bildung sowie Sprachkursen), Vernetzungsmöglichkeiten sowie das Vorhandensein sozialer Beziehungen insbesondere zur einheimischen Bevölkerung, welche als „Brücken in die Gesellschaft“ fungieren, die wahrgenommene Eigenständigkeit der Lebensführung sowie die wahrgenommene Sicherheit von Wohngebiet und Unterkunft (Alicke, Seddig & Warkentin, 2017, S.16). Alle genannten Aspekte wurden in der vorliegenden Bewohnerbefragung berücksichtigt.

3 Status-Quo der Unterbringung von Geflüchteten in Sachsen

Laut der Unterbringungsstatistik des Sächsischen Staatsministeriums des Inneren (Stand: Februar 2023) sind Geflüchtete in Sachsen mehrheitlich dezentral in Wohnungen untergebracht (SMI, 2023b). Die Quote der dezentralen Unterbringung reicht von 93 bis 20 Prozent und liegt im Durchschnitt bei 62 Prozent². Die Zahlen zeigen, dass sächsische Kommunen durchaus unterschiedliche Unterbringungsstrategien verfolgen (siehe auch SAB, 2017, S. 13). Sie sind Ausdruck unterschiedlicher Integrationskonzepte (Integrationsförderung vs. Nicht-Integration) sowie regionaler Unterschiede am Wohnungsmarkt.

In Bezug auf die konkrete Ausgestaltung der gemeinschaftlichen Unterbringung liegt mit der Verwaltungsvorschrift Unterbringung vom 24.04.2015 eine Empfehlung zu den Mindeststandards von Gemeinschaftsunterkünften vor (SMI, 2015). Hierin enthalten sind Vorgaben in Bezug auf:

- die sicherheitstechnische Ausstattung
- die Qualifikation des Betreuungspersonals:
„entsprechende Erfahrung“ des Heimleiters
- Aufgaben des Heimleiters: u.a. Vorlage eines Konzepts zur Optimierung der sozialen Betreuung
- die Lage und Infrastruktur: Anbindung an größere Ortschaften mit Behörden, Ärzten, kulturellen Einrichtungen und Ähnlichen durch das örtliche Verkehrsnetz
- den individuellen Wohnbereich: 6 m² Wohn- / Schlaf-
fläche pro Person, nicht mehr als 5 Bewohner je Raum,
Geschlechtertrennung, nach Möglichkeit Berücksichtigung
von Nationalitäten, Religionen sowie Alters- und
Familienstrukturen, Schutz vor Sonne und Einsehbarkeit,
Abschließ- und Belüftbarkeit, konkrete Elemente
der Grundausstattung
- die Ausstattung von Sanitäreinrichtungen und Gemeinschaftsküchen
- die Existenz und Ausstattung von Gemeinschaftsräumen und Außenanlagen zur Freizeitgestaltung

Diese Mindeststandards haben allerdings nur empfehlenden Charakter und werden daher von der Landesregierung nicht durchgesetzt (Wendel, 2014, S. 51).

Auch in Bezug auf die dezentrale Unterbringung liegt keine einheitliche Regelung auf Landesebene vor. Zu Kriterien wie etwa der zur Verfügung stehenden Quadratmeterzahl pro Person gibt es keine zentralen Vorgaben. Eine Befragung der sächsischen Landkreise und kreisfreien Städte ergab, dass die Spannweite sehr groß ist und von 6 bis 15 m² reicht (SAB, 2017, S. 9). Nur selten liegt zudem ein ausgearbeitetes, verbindliches Betreuungskonzept vor (SAB, 2017, S. 18). Einheitliche Qualitätsstandards fehlen grundsätzlich.

2) Die vorgestellten Zahlen beziehen sich auf den Personenkreis 1) Asylbewerber im Verfahren sowie 2) nach unanfechtbarer Ablehnung des Asylantrages vollziehbar Ausreisepflichtige (Geduldete).

4 Untersuchungsansatz

Die vorliegende „Heim-TÜV“-Studie nimmt erstmals die Perspektive der Geflüchteten bei der Bewertung der Unterbringungssituation in Sachsen in den Fokus. Die Abdeckung dieses Forschungsdesiderats war bereits in der Vorgängerstudie vorgesehen, konnte aufgrund von Problemen der methodischen Umsetzbarkeit der geplanten Online-Befragung jedoch nicht realisiert werden (Patzelt & Meißelbach, 2019, S.11).

Vor dem Hintergrund bekannter Zugangsprobleme zur Befragungsgruppe Flüchtlinge in gemeinschaftlicher und dezentraler Unterbringung (Leßke, Singfield & Blasius, 2019, S. 32) fand im ersten Schritt zunächst eine Vorstudie zur methodischen Vorbereitung der Befragung statt. In insgesamt sieben Vorgesprächen mit Ansprechpartnern der Migrations-, Asyl- und Flüchtlingsberatung wurde die Erreichbarkeit der Zielgruppe evaluiert. Im Blickpunkt der Gespräche standen dabei die Bewertung unterschiedlicher Studiendesigns sowie die Einschätzung der Kompetenz der Zielgruppe für eine schriftliche Befragung. Darüber hinaus ermöglichten die Vorgespräche einen Überblick über die Zielgruppe der Beratungsstellen sowie relevante Beratungsthemen (vor allem im Hinblick auf das Thema Unterbringung).

Eine qualitative Vorstudie sollte im zweiten Schritt die geplante breit angelegte quantitative Befragung von Flüchtlingen in Sachsen in gemeinschaftlicher und dezentraler Unterbringung inhaltlich unterfüttern. Ziel war es, einen detaillierten Einblick in die individuellen Erfahrungen der Bewohner in Bezug auf die Unterbringung zu gewinnen und relevante Variablen für die geplante quantitative Befragung zu identifizieren. Dazu wurden im Zeitraum von Ende Juli bis Mitte August 2021 insgesamt 15 teilstandardisierte Interviews mit Personen, die in Gemeinschaftsunterkünften bzw. dezentraler Unterbringung in Sachsen leben, durchgeführt. Die Kontakte zu den Interviewpartnern wurden über Ansprechpartner der Flüchtlingssozialarbeit vermittelt. Grundlage der Interviews bildeten zwei Gesprächsleitfäden (differenziert nach Unterbringungsform, siehe Anhang 11.2), die einerseits eine Vergleichbarkeit der Erkenntnisse und andererseits ein freies Erzählen der Befragten sowie eine Flexibilität hinsichtlich der Reihenfolge der Fragen ermöglichten. Die Befragung fand mehrheitlich unter Einsatz von Sprachmittlern in der Muttersprache der Befragten statt. Damit war es uns möglich, verschiedene Personengruppen unabhängig von Sprachkenntnissen und Bildungsstand zu erreichen.

Nach konkreter Planung erwies sich die ursprünglich geplante quantitative Befragung von Personen in gemeinschaftlicher und dezentraler Unterbringung in Bezug auf Aufwand, Bearbeitungszeit und Kosten als zu umfangreich. Ziel war es gewesen, mit einer schriftlichen Befragung einen Großteil der Geflüchteten in Sachsen in kommunaler Unterbringung zu erreichen. Der Fokus wurde daher auf die Nationalitäten gelegt, von denen sachsenweit mindestens 200 Personen in Gemeinschaftsunterkünften oder Privatwohnungen leben. Diese sollten ein Informationsschreiben sowie einen schriftlichen Fragebogen in ihrer Muttersprache erhalten. Dieses Vorgehen hätte eine Übersetzung der Materialien in zwölf Sprachen vorausgesetzt sowie die Anfertigung unterschiedlicher Fragebogenlayouts, um eine Differenzierung zu ermöglichen. Ein frankierter Rückumschlag sollte eine mögliche Einflussnahme seitens der Heimleitung oder sonstiger Mittelpersonen ausschließen. Personen, die Angst vor einer Zensur der Fragebögen haben, hätten somit die Fragebögen auch eigenständig an die Studienverantwortlichen zurücksenden können. Die Verteilung der Fragebögen hätte eine Zuarbeit der zuständigen Unterbringungsbehörden, Heimleitungen und Sozialarbeiter vorausgesetzt. Im Vorfeld hätte jede Kommune die Anzahl der benötigten Fragebögen differenziert nach Unterbringungsform und Sprache melden müssen. Eine Ausgabe der Befragungsmaterialien wäre zudem nur unter Mitarbeit der Heimleitung und Sozialarbeiter möglich gewesen. Die Umsetzung dieses Untersuchungsansatzes war aus forschungsökonomischen Gründen nicht möglich.

Anstelle der quantitativen Befragung wurde die qualitative Befragung ausgeweitet. Mit dem Ziel, Interviews in allen Landkreisen und kreisfreien Städten in Sachsen zu führen und damit den gesamten Freistaat geografisch abzudecken, fanden im Zeitraum von Mitte August 2022 bis Anfang Januar 2023 20 weitere Interviews statt. Pro Gebietskörperschaft sollte jeweils mindestens ein Interview mit einem Geflüchteten in gemeinschaftlicher sowie in dezentraler Unterbringung geführt werden. In vier der Landkreise bzw. kreisfreien Städte konnte diese theoretische Vorgabe aufgrund fehlender Interviewpartner nicht erfüllt werden. Stattdessen wurde in diesen Fällen ein Interviewpartner der jeweils anderen Unterbringungsform befragt. Tabelle 1 gibt einen Überblick über die Verteilung der insgesamt 35 Interviews. Die Auswahl der Stichprobe erfolgte – wie bereits in der Vorstudie – nach dem Prinzip der maximalen strukturellen Variation (Flick, 2002; Kruse, 2015) im Hinblick auf das Alter, das

Herkunftsland und die Familiensituation der Befragten, um die verschiedenen Perspektiven der Flüchtlinge zu berücksichtigen und somit einen umfassenden Überblick über deren unterschiedliche Lebensumstände und Bedürfnisse zu gewinnen. Trotz der maximalen Diversität des Samples (siehe Kapitel 5) kann die Studie aufgrund des qualitativen Studiendesigns keinen Anspruch auf Repräsentativität erheben.

Die Rekrutierung von Interviewpartnern erfolgte – wie bereits in der Vorstudie – über Ansprechpartner der Flüchtlingssozialarbeit. Sie wurden gebeten, ihre Klienten anzufragen, ob sie Interesse an der Studienteilnahme haben. Insgesamt wurden 57 Personen im Bereich der Flüchtlingssozialarbeit kontaktiert, von denen 23 Personen Interviewpartner vermittelten. In Summe konnten 102 potentielle Interviewpartner gewonnen werden, von denen letztlich 35 Personen nach der vorgegebenen Quotierung in Bezug auf Gebietskörperschaft und Unterbringungsform (siehe Tabelle 1) und nach dem Prinzip der maximalen strukturellen Variation (siehe oben) ausgewählt wurden.

Die Interviews waren leitfadenbasiert (siehe oben) und dauerten jeweils ein bis zwei Stunden. Die Gespräche wurden mit einem Aufnahmegerät aufgezeichnet und protokolliert. Auf Basis der Protokolle sowie Audioaufnahmen erfolgte eine zusammenfassende Auswertung. In Summe wurden 43 Personen in 27 Einzel- und acht Paarinterviews befragt. Ein Großteil der Interviews (n=23) fand in der Herkunftssprache der Befragten (Albanisch, Arabisch, Burmesisch, Farsi, Georgisch, Hindi / Gujarati, Kurdisch, Russisch, Spanisch, Somali, Türkisch, Ukrainisch) unter Einsatz von Sprachmittlern statt. Acht Interviews wurden in deutscher Sprache und vier Interviews in englischer Sprache geführt. Die Mehrheit der Interviews (n=23) fand face-to-face (in der Gemeinschaftsunterkunft oder Privatwohnung bzw. in der Nähe der Wohnung) statt. Drei Interviews wurden telefonisch, neun Interviews per Online-Meeting geführt.

Tabelle 1: Verteilung der Interviews nach Gebietskörperschaft und Unterbringungsart

Landkreis/Stadt	Gemeinschaftsunterkunft	Dezentrale Unterbringung
Chemnitz, Stadt	1	1
Dresden, Stadt	1	1
Leipzig, Stadt	2	1
Bautzen	2	0
Erzgebirgskreis	1	1
Görlitz	3	5
Leipziger Land	1	1
Meißen	1	1
Mittelsachsen	3	0
Nordsachsen	0	2
Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	2	1
Vogtlandkreis	0	2
Zwickau	1	1
SUMME	18	17

5 Übersicht über die Befragten

Insgesamt wurden in den 35 Interviews (davon acht Paarinterviews) 26 Männer (60 Prozent) und 17 Frauen (40 Prozent) befragt. Die Interviewten waren zum Zeitpunkt der Befragung zwischen 21 und 51 Jahren alt. Der Altersdurchschnitt liegt bei 33,8 Jahren. 18 Befragte (51 Prozent) leben zusammen mit ihrem Partner bzw. ihrer Partnerin, zwei Befragte zusammen mit weiteren Verwandten (6 Prozent) und 15 Befragte (43 Prozent) sind alleinstehend bzw. alleinerziehend. Insgesamt 22 Befragte (63 Prozent) leben zusammen mit Kindern (Ø 2,1 Kinder), die zwischen 0 und 18 Jahren alt sind (Ø 7,8 Jahre).

Die in der Studie befragten Personen stammen aus insgesamt 23 Herkunftsländern (Übersicht siehe Tabelle 2, Anhang 11.1). Damit wurden im Hinblick auf das Herkunftsland etwa ein Drittel der aktuell in Sachsen befindlichen Flüchtlinge (SMI, Unterbringungsstatistik, Stand: März 2023) abgedeckt. Der Großteil der Befragten wohnt in einer Kleinstadt (5.000 bis unter 20.000 Einwohner, 37 Prozent) oder einer Mittelstadt (20.000 bis unter 100.000 Einwohner, 31 Prozent). 7 Befragte (20 Prozent) wohnen in einer Großstadt (ab 100.000 Einwohner), 4 Befragte (11 Prozent) in einer Landgemeinde (unter 5.000 Einwohner). 18 Befragte (51 Prozent) sind in einer Gemeinschaftsunterkunft untergebracht, 17 Befragte (49 Prozent) leben in einer Privatwohnung.

5.1 MIGRATIONSGESCHICHTE

Die Befragten haben sehr individuelle Migrationsgeschichten. Krieg, Verfolgung, Diskriminierung als Minderheit, Angst vor Gewalt, Armut, aber auch persönliche Gründe wie eine nicht akzeptierte Heirat wurden als Gründe für eine Flucht aus dem eigenen Herkunftsland genannt. Große Unterschiede zeigen sich bei den Schilderungen der Befragten, auf welchem Weg sie nach Deutschland gekommen sind. Auf übergeordneter Ebene lassen sich aber hier auch Gemeinsamkeiten erkennen. Personen aus Nahost und Afrika haben vielfach einen langen und gefährlichen Weg hinter sich. Sie haben häufig viel Geld ausgegeben, um aus ihrem Herkunftsland zu fliehen und teilweise sehr traumatisierende Fluchterfahrungen gesammelt (Überquerung des Meeres mit dem Schlauchboot, geschmuggelt in LKWs, in verschiedenen Ländern verhaftet oder festgehalten, z.T. sehr unmenschliche Behandlung). Einige der Befragten haben vor ihrer Ankunft in Deutschland schon in anderen Ländern gelebt (z. B. Flüchtlinge aus Pakistan in Dubai, Flüchtling aus Somalia in Malta, Flüchtling aus Tschetschenien /

Russische Föderation in Polen). Nur in wenigen Fällen erfolgte die Einreise nach Deutschland über ein Visum.

5.2 UNTERBRINGUNG SEIT DER ANKUNFT IN DEUTSCHLAND

Die Spannweite der Aufenthaltsdauer in Deutschland ist mit 4 Monaten bis 9 Jahren sehr groß. Im Durchschnitt leben die Befragten seit 3 Jahren in Deutschland. Mit Ausnahme der Flüchtlinge aus der Ukraine waren alle Befragten nach ihrer Ankunft in einer Aufnahmeeinrichtung und im Anschluss daran vielfach in einer Gemeinschaftsunterkunft untergebracht. Einige der Befragten berichten von Umzügen innerhalb einer Unterkunft oder in eine andere Unterkunft, die aufgrund der Änderung des Familienstandes oder individuellen Gründen (z. B. Religionskonflikte, besondere Schutzbedürftigkeit) angeordnet wurden. Im Durchschnitt haben die Befragten 22,7 Monate in zentraler Unterbringung verbracht. Die durchschnittliche Verweildauer liegt bei 4,2 Monaten in Aufnahmeeinrichtungen und bei 18,3 Monaten in Gemeinschaftsunterkünften. Laut einer aktuellen Auswertung der IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten aus dem Jahr 2019 variiert die Aufenthaltsdauer in Aufnahmeeinrichtungen sehr stark. Knapp die Hälfte hat die erste Unterkunft (also Aufnahmeeinrichtung) innerhalb von drei Monaten wieder verlassen, 30 Prozent hingegen verweilen hier länger als 18 Monate (Tanis, 2022, S. 6). In Bezug auf die Verweildauer in Gemeinschaftsunterkünften zeigt sich, dass vor allem Personen, die eher jünger und kinderlos sind, länger in Gemeinschaftsunterkünften wohnen (Tanis, 2022, S. 13). Auch in der „Heim-TÜV“-Studie berichten Personen, die allein nach Deutschland gekommen sind, von einer durchschnittlich längeren Verweildauer in zentraler Unterbringung (Aufnahmeeinrichtung und Gemeinschaftsunterkunft) (Ø 28,1 Monate) als Familien bzw. Frauen mit Kindern (Ø 20,9 Monate).

Neben der familiären Situation gilt auch der Aufenthaltsstatus als zentraler Faktor für das Leben in einer Einzelstatt Gemeinschaftsunterkunft (Baier & Siegert, 2018, S. 10). In der „Heim-TÜV“-Studie lassen sich keine Unterschiede zwischen Personen in zentraler Unterbringung und Personen in dezentraler Unterbringung in Bezug auf den Aufenthaltsstatus feststellen. Allerdings war das Deutschniveau bei Befragten, die in einer Privatwohnung wohnen, geringfügig besser. Das kann ein Hinweis darauf sein, dass teilweise auch individuell zur Verfügung stehende Ressourcen wie Deutschkenntnisse die

Wahrscheinlichkeit in einer Einzel- statt Gemeinschaftsunterkunft zu wohnen erhöhen (ebd.). Es ist aber auch denkbar, dass die besseren Deutschkenntnisse mit der längeren Aufenthaltsdauer in Deutschland zusammenhängen oder das Leben in einer Privatwohnung durch bessere Rahmenbedingungen (Ruhe, Privatsphäre) einen positiven Einfluss auf den Erwerb von Sprachkenntnissen hat (Baier & Siegert, 2018, S. 38f.). Unter den Befragten der „Heim-TÜV“-Studie gab es allerdings auch Personen, die trotz guter Deutschkenntnisse und eigenem Einkommen noch immer in zentraler Unterbringung leben.

„Ich lebe nun schon seit fast zwei Jahren in einer Gemeinschaftsunterkunft, obwohl ich hier auch schon arbeite.“

(m, 37 Jahre, Tunesien, alleinstehend, Aufenthaltsge-
stattung, erwerbstätig, sehr gute Deutschkenntnisse)

5.3 ERFAHRUNGEN MIT AUFNAHMEEINRICHTUNGEN

Die Erinnerungen an die Zeit in der Aufnahmeeinrichtung sind bei vielen Befragten eher negativ gefärbt. Berichtet wird von großen Einrichtungen („Camps“), in denen die Bewohner zum Teil in Zelten oder Containern untergebracht waren. Kennzeichnend für die Unterbringungsform ist das Zusammenleben von einer Vielzahl von Personen aus unterschiedlichen Nationen und Kulturen auf engem Raum.

„Im Camp kommen so viele Menschen mit unterschiedlichen Hintergründen – gut und schlecht – zusammen.“

(m, 25 Jahre, Afghanistan, mit Eltern und
5 Geschwistern)

Familien und Frauen mit Kindern berichten vielfach von einem eigenen (abgegrenzten) Bereich. Sie haben die Unterkunft im Vergleich zu Personen ohne Kindern im Schnitt auch deutlich schneller wieder verlassen (Ø 2,2 Monate vs. Ø 7,8 Monate).

„Wir waren acht Frauen in einem großen Zimmer.“

(w, 38 Jahre, Georgien, alleinstehend mit Kindern)

„Wir hatten zwei kleine Zimmer für uns achtköpfige Familie.“

(m, 25 Jahre, Afghanistan, mit Eltern und
5 Geschwistern)

Die Unterbringungssituation wird vielfach als sehr unangenehm und belastend beschrieben. Die Befragten berichten von einem hohen Lärmpegel, fehlender

Privatsphäre und fehlender Sicherheit für das Privateigentum. Als problematisch werden auch Konflikte unter Bewohnern erinnert. Vielfach wird hierbei der Alkohol- und Drogenkonsum einzelner Personen als Ursache genannt. Ein weiterer Kritikpunkt ist die zentrale Essensversorgung, die häufig nicht zu den individuellen Ernährungsgewohnheiten passt. Einige der Befragten berichten in diesem Zusammenhang von gesundheitsgefährdenden Problemen wie der fehlenden Rücksichtnahme auf Allergien bzw. krankheitsbedingte Besonderheiten. Erinnert werden zudem starke Einschränkungen bei der Einnahme des Essens infolge der Corona-Pandemie. Als belastend wird zusätzlich auch die starke Fremdbestimmung durch Beschränkungen der Ausgangszeiten und regelmäßige Personenkontrollen wahrgenommen.

„Das war nicht schön, insgesamt 11 Monate in einem Camp leben zu müssen. Das hat mich emotional sehr belastet.“

(w, 28 Jahre, Myanmar, alleinstehend)

„Da sind häufig betrunkene Personen körperlich aneinander geraten.“

(m, 25 Jahre, Afghanistan, mit Eltern und
5 Geschwistern)

„Das Zimmer war nicht abschließbar. Da wurden oft Sachen gestohlen.“

(m, 28 Jahre, Syrien, alleinstehend)

„Einige der jungen Männer waren bis 3 Uhr nachts auf den Gängen unterwegs. Das war sehr störend für uns als junge Familie.“

(m, 30 Jahre, Irak, mit Partnerin und 2 Kindern)

„Mein Vater hat Diabetes. Er hat aber trotzdem zuckerhaltiges Essen erhalten.“

(m, 25 Jahre, Afghanistan, mit Eltern und
5 Geschwistern)

„Wir mussten [zur Zeit der Corona-Pandemie] im Zimmer essen. Nur eine Person durfte die Küche betreten und das Essen holen.“

(w, 42 Jahre, Venezuela, mit Partner und 2 Kindern)

Unterschiede gibt es bei der Bewertung des baulichen Zustandes sowie des Zustandes der Sanitäreinrichtungen. Einige Befragte erinnern schlimme hygienische Zustände, andere fanden die Sauberkeit in Ordnung. Teilweise wird von Problemen mit der Heizung und Warmwasserversorgung berichtet.

„Im Winter mussten wir oft kaltes Wasser benutzen. Es gab einen 20 Liter Warmwasserboiler für insgesamt 482 Personen.“

(w, 42 Jahre, Venezuela, mit Partner und 2 Kindern)

5.4 AUFENTHALTSSTATUS

In der Studie wurden Personen mit unterschiedlichem Aufenthaltsstatus befragt (Tabelle 3, Anhang 11.1). Dabei zeigt sich, dass der Aufenthaltsstatus ein wesentlicher Faktor des subjektiven Wohlbefindens ist, der die Bewertung der Wohnsituation stark überlagert. Personen, deren Asylantrag schon lange in Bearbeitung ist, deren Asylantrag abgelehnt wurde sowie geduldete Personen empfinden eine große Unsicherheit und Angst in Bezug auf ihr Bleiberecht in Deutschland. Neben der Angst vor einer drohenden Abschiebung herrscht aufgrund der eingeschränkten Rechte in Bezug auf die räumliche Bewegungsfreiheit und die Ausübung einer Erwerbstätigkeit z.T. eine hohe Unzufriedenheit.

„Wir haben keinen sicheren Aufenthaltsstatus und brauchen für alles eine Genehmigung. Ich möchte gern arbeiten, eine eigene Wohnung haben und mit meiner Familie zusammen sein, aber das geht alles nicht.“

(m, 31 Jahre, Libanon, mit Partnerin und 3 Kindern, Aufenthaltsstatus unklar)

„Unser größtes Problem ist die große Ungewissheit, ob wir in Deutschland bleiben können oder nicht.“

(m, 44 Jahre, Libyen, mit Partnerin und 5 Kindern, Aufenthaltsgestattung)

„Ich denke, dass wir bald abgeschoben werden.“

(w, 38 Jahre, Georgien, allein mit 2 Kindern)

5.5 DEUTSCHKENNTNISSE UND ZUGANG ZU SPRACHKURSEN

Im Hinblick auf den „Zugang zu Bildung, zur deutschen Gesellschaft sowie zur Eigenständigkeit“ (Alicke, Seddig & Warkentin, 2017, S.16) hat der Erwerb der deutschen Sprache eine außerordentliche Funktion (ebd.). Vor diesem Hintergrund ist es wesentlich, einen Blick auf die vorhandenen Deutschkenntnisse und den Zugang zu Sprachkursen zu werfen.

In der vorliegenden Studie zeigt sich im Hinblick auf die Deutschkenntnisse eine große Variabilität. Ein Teil der Befragten hat bereits sehr gute Deutschkenntnisse (mindestens B2 Niveau). Daher konnten auch neun der

insgesamt 35 Interviews in deutscher Sprache geführt werden. Darüber hinaus hat ein weiterer Teil der Befragten (10 Personen) schon ein gutes Sprachverständnis (B1 Niveau). Acht Personen verfügen über Grundkenntnisse in der deutschen Sprache (A1 bis A2 Niveau). Weitere 10 Personen haben bislang noch keine Deutschkenntnisse erworben (Tabelle 4, Anhang 11.1).

Die Befragten mit Deutschkenntnissen haben ihre Sprachkenntnisse in der Regel in Sprachkursen in Deutschland erworben. 30 Personen haben mindestens einen Sprachkurs erfolgreich absolviert oder haben eine verbindliche Platzzusage für einen (weiteren) Sprachkurs. Neun Personen haben (bislang) keinen Sprachkurs absolviert (Tabelle 5, Anhang 11.1). Dazu zählen einerseits Personen, die noch über keine Deutschkenntnisse verfügen. Zu dieser Gruppe gehören vielfach Frauen mit kleinen Kindern sowie alleinerziehende Frauen, die aufgrund der Kinderbetreuung bislang keine Gelegenheit hatten, Deutsch zu lernen.

„Ich musste meinen A1 Sprachkurs abbrechen, weil meine Tochter so häufig krank war.“

(w, 38 Jahre, Georgien, alleinerziehend mit zwei Kindern)

Andererseits gehören dazu auch Personen, die ihre Deutschkenntnisse auf einem anderen Weg erworben haben. In wenigen Ausnahmen bestanden aufgrund eines im Herkunftsland absolvierten Deutschkurses oder eines Studiums in Deutschland bereits vor dem Asylantrag Vorkenntnisse. Eine Person hat sich aufgrund fehlender Zugangsmöglichkeiten zu Sprachkursen die eigenen Deutschkenntnisse autodidaktisch beigebracht. Generell berichten viele der befragten Flüchtlinge von Zugangsproblemen zu Sprachkursen sowie langen Wartezeiten, auch zwischen einzelnen Sprachkursen. Die Gründe hierfür sind vielfältig: schlechte infrastrukturelle Anbindung, fehlende Finanzierung aufgrund des Aufenthaltsstatus, keine verfügbaren Plätze in Sprachkursen aufgrund der Priorität anderer Anspruchsgruppen, Verzögerungen oder Unterbrechungen aufgrund der Corona-Pandemie, Verpflichtung zur Eigeninitiative.

„Die Sprachschule ist in [Großstadt, etwa 30 Minuten Zugfahrt entfernt]. Das ist schwierig für mich mit kleinem Kind.“

(w, 27 Jahre, Irak, mit Partner und zwei Kindern, seit 2 Jahren in Deutschland)

„Ich habe mit Hilfe der Flüchtlingssozialarbeiterin versucht, einen neuen Platz zu bekommen, das hat aber wegen meiner schlechten Papiere nicht geklappt.“

(w, 38 Jahre, Georgien, alleinerziehend mit zwei Kindern, seit 4 Jahren in Deutschland)

„Mein Deutschkurs wurde verschoben, weil die Kurse für Ukrainer reserviert wurden.“

(w, 43 Jahre, Gaza, alleinerziehend mit zwei Kindern, seit 7 Monaten in Deutschland)

„Wir haben etwa 5 Monate darauf gewartet, dass wir mit dem A2 Kurs [nach Corona] weiter machen können.“

(m, 31 Jahre, Myanmar, seit zwei Jahren in Deutschland)

„Ich beginne im Oktober endlich meinen zweiten Deutschkurs (A2) an der VHS. Ich habe mir diesen Platz selbst organisiert, er wird vom Jobcenter finanziert.“

(m, 28 Jahre, Syrien, alleinstehend, seit 10 Monaten in Deutschland)

Einige der Befragten haben sich aufgrund der Zugangsprobleme zu regulären Sprachkursen Onlinekurse gesucht oder bringen sich die deutsche Sprache autodidaktisch (z. B. über Youtube-Videos) bei.

„Ich habe mir meine Deutschkenntnisse bis A2 Niveau selbst beigebracht. Danach habe ich dann einen B1 Kurs und einen Integrationskurs besucht.“

(m, 24 Jahre, Libyen, alleinstehend, seit 2 Jahren in Deutschland)

Vielfach führt die lange Wartezeit jedoch auch zu Frustration. Vor allem Personen, die aufgrund der Platzvergabe nach Aufenthaltsstatus und Herkunftsland keinen Platz in Sprachkursen (und oft auch keine Arbeitserlaubnis) erhalten, empfinden dies als ungerechtfertigte Benachteiligung.

„Ich bin manchmal ganz schön frustriert, weil ich noch nicht so gut Deutsch kann. Ich würde die Sprache viel schneller lernen, wenn ich arbeiten gehen und so jeden Tag Deutsch üben könnte.“

(w, 38 Jahre, Venezuela, alleinerziehend mit einem Kind, seit 15 Monaten in Deutschland)

Einige Befragte berichten von (ehrenamtlichen) Sprachkursen in Gemeinschaftsunterkünften. Dieses Angebot ermöglicht einen ersten und einfachen Zugang zur deutschen Sprache und ist vor allem für Frauen mit Kindern und Personen, die keinen Anspruch auf einen finanzierten Sprachkurs haben, eine hilfreiche Unterstützung.

Allerdings sind diese Angebote in der Corona-Pandemie weggebrochen.

„Vor Corona kam regelmäßig eine Frau, die hier in der Unterkunft Deutschunterricht gegeben hat. Das findet aktuell nicht mehr statt.“

(w, 27 Jahre, Irak, mit Partner und zwei Kindern, GU)

Eltern von Kindern im Kita- bzw. Schulalter berichten hingegen von schnellen Lern- und Integrationserfolgen. Vielfach wurden Kinder und Jugendliche in DaZ-Klassen aufgenommen und konnten auf diesem Weg in kurzer Zeit Deutsch lernen und Freunde finden. Das bestätigt den Befund, dass die Schule für Flüchtlingskinder einen zentralen Ort für Spracherwerb und Aufbau von Freundschaften darstellt (Alicke, Seddig & Warkentin, 2017, S.18).

„Unser Sohn [11 Jahre] ist gut integriert in seine Schulklasse. Andere Schüler lernen jetzt schon ein wenig Spanisch von ihm.“

(w, 42 Jahre, Venezuela, mit Partner und zwei Kindern, seit etwa zwei Jahren in Deutschland)

„Unsere Kinder konnten schon nach zwei Monaten zur Schule gehen. Sie haben keine Probleme und Freunde gefunden. Meine Tochter [12 Jahre] wollte sogar in den Ferien zur Schule, weil es ihr dort so gut gefällt.“

(w, 37 Jahre, Syrien, mit Partner und 5 Kindern, seit einem Jahr in Deutschland)

5.6 ERWERBSTÄTIGKEIT

Die Arbeitsmarktintegration und Ausübung einer Erwerbstätigkeit sind für alle Befragten ein zentraler Zukunftswunsch. 16 Personen gehen zum Zeitpunkt der Befragung bereits einer Ausbildung oder Erwerbstätigkeit nach (Tabelle 6, Anhang 11.1). Vielfach handelt es sich dabei um einfache Tätigkeiten, für die Arbeitskräfte fehlen (z. B. Reinigung, Paketzulieferung, Gastronomie, Flüchtlingshilfe).

„Ich habe einen 8 Stunden Mini-Job und reinige Küchen.“

(m, 36 Jahre, Irak, mit Partnerin und 3 Kindern)

„Wir arbeiten von Montag bis Samstag [im Bereich Essenszubereitung].“

(w, 28 Jahre, Myanmar, mit Partner)

Personen, die keiner Erwerbstätigkeit nachgehen, sind häufig unzufrieden. Sie berichten von einem monotonen Alltag und erlebter Langeweile. Die eingeschränkte Handlungsfähigkeit aufgrund der finanziellen Abhängigkeit sowie die fehlende Selbstbestimmung stellt für viele der Betroffenen eine psychische Belastung dar.

„Ich möchte nur arbeiten! Ich kann das alles selbst machen, ich bin eine starke Frau!“

(w, 50 Jahre, Marokko, Duldung, keine Arbeitserlaubnis)

„Ich habe immer gearbeitet. Nun sitze ich hier den ganzen Tag und fühle mich total nutzlos.“

(w, 38 Jahre, Venezuela, im Asylverfahren, keine Arbeitserlaubnis)

„Ich würde gern arbeiten gehen, um ausgepowert zu sein und besser schlafen zu können.“

(m, 51 Jahre, Russische Föderation, unklar ob Arbeitserlaubnis vorhanden)

„Ich hänge am Tag häufig am Fernseher und am Handy. Das macht mich auf Dauer ganz unglücklich.“

(m, 26 Jahre, Gambia, unklar ob Arbeitserlaubnis vorhanden)

Der Zugang zum Arbeitsmarkt ist ein häufig genannter Kritikpunkt. Auch hier sind die Gründe vielfältig. Ein häufiger Stolperstein sind die formalen Voraussetzungen zur Aufnahme einer Erwerbstätigkeit. Entweder fehlen Deutschkenntnisse aufgrund von Zugangsproblemen zu Sprachkursen oder es liegt keine Arbeitserlaubnis vor. Mehrere Befragte berichten in diesem Zusammenhang von einem hohen bürokratischen Aufwand und langen Wartezeiten.

„Ich brauchte erst eine Arbeitsgenehmigung, damit ich arbeiten darf. Das hat sehr lange gedauert.“

(m, 28 Jahre, Somalia, arbeitet bei der Müllabfuhr)

Weitere Zugangshürden stellen die hohen Anforderungen an das Deutschniveau bei der Vermittlung über das Jobcenter, die fehlende Verfügbarkeit von Kita-Plätzen oder Probleme bei der Anerkennung von Abschlüssen / Zertifikaten dar.

„Ich habe Bauingenieurwesen studiert. Ich war schon zur Beratung bei der Arbeitsagentur, aber dort hat man mir gesagt, dass ich erst B2 Niveau brauche, um mich bewerben zu können. Jetzt warte ich auf die Genehmigung für den B2 Kurs.“

(m, 33 Jahre, Russland, Asyl anerkannt)

„Meine Frau hatte die Möglichkeit bei Kaufland zu arbeiten, aber wir haben noch immer keinen Kita-Platz für unser jüngstes Kind [2,5 Jahre].“

(m, 30 Jahre, Irak, Mittelstadt)

„Mein Führerschein wird hier nicht anerkannt.“

(m, 51 Jahre, Russische Föderation)

Auch die infrastrukturelle Anbindung des Wohnorts erschwert teilweise den Übergang in die Beschäftigung. Personen, die in Kleinstädten oder dem ländlichen Raum wohnen, berichten häufiger von Problemen bei der Arbeitsplatzsuche bzw. bei der Erreichbarkeit der Arbeitsstelle. Die Einschränkungen der Wohnortmobilität führen in diesem Zusammenhang zu großer Unzufriedenheit.

„Ich hatte schon einen Arbeitsvertrag aus Frankfurt. Aber das wurde abgelehnt.“

(w, 50 Jahre, Marokko, Duldung, ohne Arbeitserlaubnis)

Trotzdem nehmen mehrere Befragte die Strapazen eines weiten bzw. umständlichen Arbeitswegs auf sich, um erwerbstätig und eigenständig sein zu können. In einigen Fällen befindet sich die Arbeitsstelle sogar in einem anderem Landkreis oder Bundesland. Die Betroffenen berichten von langen Bearbeitungszeiten ihrer Anträge zum Wohnortwechsel und einer hohen psychischen Belastung.

„Ich habe manchmal Schwierigkeiten, zu meiner Ausbildung und zurück zu gelangen. Wenn ich Spätschicht habe, werde ich von Freunden nach Hause gefahren, weil da kein Bus mehr fährt.“

(w, 46 Jahre, Pakistan, mit Partner und einem Kind, Kleinstadt)

„Ich arbeite in [Kleinstadt, etwa 140km entfernt vom Wohnort]. Ich stehe 6 Uhr morgens auf und komme abends gegen 22 Uhr zurück. Meine Kinder sehe ich nur am Sonntag. Das belastet mich sehr.“

(m, 44 Jahre, Libyen, mit Partnerin und 5 Kindern, Kleinstadt)

„Ich arbeite als Friseur in [Kleinstadt in anderem Bundesland]. Ich fahre 3 Stunden dahin und bin daher nur am Wochenende bei meiner Familie.“

(m, 31 Jahre, Libanon, mit Partnerin und 3 Kindern)

„Ich warte nun schon fast ein Jahr darauf, dass ich offiziell nach [Großstadt] umziehen darf. Ich arbeite da als Reinigungskraft in einer Gemeinschaftsunterkunft. Ich habe dort schon lange eine Wohnung, die ich selbst bezahle.“

(m, 32 Jahre, Venezuela, alleinstehend)

Generell zeigt sich, dass bei der Arbeitsmarktintegration ein hohes Maß an Engagement und Eigeninitiative seitens der Flüchtlinge notwendig ist. Viele der Befragten haben sich ihren Job selbst organisiert oder dabei Hilfe der Flüchtlingssozialarbeiter erhalten.

5.7 ZUKUNFTSWÜNSCHE

Die Befragten äußern vielfach eine große Dankbarkeit für die erhaltene Hilfe, dennoch herrscht häufig Unzufriedenheit. Der zentrale Zukunftswunsch für alle Befragten ist der Erhalt eines sicheren Aufenthaltstitels, der die Grundlage für ein selbstbestimmtes Leben darstellt. Die klare Mehrheit möchte die deutsche Sprache lernen, ggf. eine Ausbildung absolvieren und eine Arbeit finden. Damit verbunden ist vielfach auch der Wunsch, selbst entscheiden zu können, wo und wie man wohnen möchte. Aufgrund der Vielzahl an Möglichkeiten zieht es viele Befragte in die Großstädte. Mehrere Befragte äußern aber auch eine

Bleibeabsicht für ihren Wohnort. Für Familien ist zudem die Zukunft der Kinder wesentlich. Im Blickpunkt steht dabei eine gute Schulbildung als Basis für ein gesichertes Leben in Deutschland. Alleinstehende wünschen sich teilweise den Nachzug ihrer Familie.

„Ich würde gern eine Ausbildung zum Schneider oder Koch machen.“

(m, 26 Jahre, Gambia, alleinstehend)

„Hauptsache ist, dass unsere Kinder gut Deutsch lernen und hier gut Fuß fassen.“

(m, 40 Jahre, Syrien, mit Partnerin und 5 Kindern)

„[Kleinstadt] ist eine schöne Stadt. Wir können uns vorstellen hier zu bleiben, wenn wir hier Arbeit finden.“

(m, 44 Jahre, Venezuela, mit Partnerin und 2 Kindern)

6 Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften

Im Folgenden steht die Wahrnehmung der Unterbringungssituation aus Sicht von Geflüchteten, die in Gemeinschaftsunterkünften leben, im Blickpunkt. Zunächst erfolgt eine Darstellung des Forschungsstandes zur Unterbringungssituation in Gemeinschaftsunterkünften. Anschließend werden die Erfahrungen der befragten Bewohner und Bewohnerinnen aus Gemeinschaftsunterkünften aufgezeigt.

6.1 FORSCHUNGSSTAND

Der Begriff Gemeinschaftsunterkunft wurde erstmalig im Asylverfahrensgesetz von 1982 genannt (Aumüller, Daphie & Biesenkamp, 2015, S. 15). Er gilt als Synonym für eine Sammelunterkunft oder ein Sammellager (Wendel, 2014, S. 11). Die Unterbringung von Flüchtlingen in einer Gemeinschaftsunterkunft wird vielfach als problematisch angesehen. Aumüller und Kollegen (2015) bezeichnen das Leben in einer Gemeinschaftsunterkunft als „vorübergehende Unterbringung, [die] häufig verbunden mit dürftigen Lebensverhältnissen [ist]“ (S. 15). Christ et al. (2017) beschreiben die Gemeinschaftsunterkunft unter Rückgriff auf den Soziologen Goffmann als „totale Institution“ (S. 5). Als totale Institutionen definiert Goffman „eine Wohn- und Arbeitsstätte einer Vielzahl ähnlich

gestellter Individuen [...], die für längere Zeit von der übrigen Gesellschaft abgeschnitten sind und miteinander ein abgeschlossenes, formal reglementiertes Leben führen“ (Goffman, 2016, S. 11 nach Christ et al., 2017, S.19). In einer Gemeinschaftsunterkunft leben Menschen mit dem gemeinsamen Merkmal Fluchthintergrund. Sie sind von der übrigen Gesellschaft mehr oder weniger abgeschnitten, verfügen nur über eingeschränkte Rechte und stehen unter Aufsicht von Personal (Christ et al., 2017, S.5). Vor diesem Hintergrund werden Gemeinschaftsunterkünfte auch als „ein Ort der Kontrolle, Entmündigung und Unsicherheit“ (Hess & Elle, 2017, S. 34) bezeichnet.

Als Argumente für zentrale Gemeinschaftsunterkünfte werden die bessere Erreichbarkeit für die Sozialbetreuung, eine leichtere Orientierung für Flüchtlinge und eine angenommene Überforderung mancher Flüchtlinge mit selbstständigem Wohnen angesehen (Schammann & Kühn, 2016, S.11). Verschiedene Studien zeigen allerdings, dass das Leben in einer Gemeinschaftsunterkunft eine Vielzahl an Einschränkungen und Problemen mit sich bringt. Die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften gilt als tiefgreifender Eingriff in die Autonomie (Christ et al., 2017, S. 5) und stellt für Bewohner vielfach eine massive psychosoziale Belastung dar (Aumüller, Daphie & Biesenkamp, 2015, S. 35). Kennzeichnend für das Leben

in einer Gemeinschaftsunterkunft sind eine beengte Wohnsituation und ein Mangel an Privatsphäre. Menschen unterschiedlicher Herkunft leben auf engem Raum zusammen und teilen sich in der Regel Küche und Sanitäranlagen. Häufig wird diese Form der Unterbringung als erzwungenes Zusammenleben empfunden (Christ et al., 2017, S. 5). Einzelpersonen werden in Mehrbettzimmern untergebracht und müssen sich ein Zimmer mit fremden Personen teilen. Diese Rahmenbedingungen sorgen für eine eingeschränkte Privatsphäre. Der Mangel an Privatsphäre ist der häufigste Grund für Unzufriedenheit mit der Unterbringung (Scholz, 2016, S.154). Bewohnern fehlt ein Rückzugsort, an dem sie sich entspannen und zur Ruhe kommen können – eine wichtige Voraussetzung für das Erlernen der deutschen Sprache sowie die schulische und berufliche Bildung von Geflüchteten (Brücker et al., 2016, S. 88; Deutscher Landkreistag, 2016, S.104). Die beengte Wohnsituation sorgt auch für Konflikte im Zusammenleben sowie Sicherheitsprobleme. Für Frauen besteht eine erhöhte Gefahr von Belästigungen und sexuellen Übergriffen (Christ et al., 2017, S. 31ff.; Forschungsbereich SVR & Robert Bosch Stiftung, 2017, S. 30f.). Das erhöhte Konfliktpotenzial in Gemeinschaftsunterkünften lässt sich auf verschiedene Faktoren zurückführen: Belegungsdichte (FaZiT, 2016, S.4), Notwendigkeit Küchen und Sanitäranlagen zu teilen (ebd.), die Bewohnerstruktur (Institut für Demoskopie Allensbach, 2016, S. 14) bzw. das Zusammenleben mit Menschen unterschiedlicher ethnisch-religiöser Herkunft (FaZiT, 2016, S.4; Scholz, 2016, S.154), Lärm aufgrund eines unterschiedlichen Tagesrhythmus der Bewohner (Scholz, 2016, S.154; Christ et al., 2017, S. 21), mangelnde Sauberkeit in den Unterkünften (Scholz, 2016, S.154) sowie geringe Personalausstattung und mangelnde Kompetenzen in der Konfliktvermeidung bzw. -bearbeitung auf Seiten des Personals (FaZiT, 2016, S.4). Viele der genannten Faktoren sind von den räumlichen Gegebenheiten der Einrichtung abhängig (siehe auch Christ et al., 2017, S. 24). In diesem Zusammenhang ist es wesentlich, ob den Bewohnern eine abgeschlossene Wohneinheit zur Verfügung steht.

Als problematisch wird darüber hinaus auch der z.T. schlechte bauliche Zustand von Gemeinschaftsunterkünften angesehen. In Teilen handelt es sich hierbei um stillgelegte öffentliche Einrichtungen wie Schulen und Kasernen, Plattenbauten, Baracken oder Container (Aumüller et al., 2015, S.35). Damit verbunden ist häufig eine minderwertige Ausstattung der Einrichtungen. Für Kinder fehlen oftmals Spiel- und Bewegungsmöglichkeiten sowie eine angemessene Lernatmosphäre (ebd.). Gemeinschaftsunterkünfte befinden sich zudem häufig in peripherer Lage in Industriegebieten, am Stadtrand oder in ländlichen Regionen (Aumüller, Daphie & Biesen-

kamp, 2015; Baier & Siegert, 2018, S.8). Es entsteht eine Abgrenzung von der einheimischen Bevölkerung (Aumüller, Daphie & Biesenkamp, 2015, S. 36), denn die Geschlossenheit und räumliche Entfernung von Ortskernen bzw. Stadtzentren ermöglichen weniger Gelegenheiten für Kontakte mit Nachbarn oder zufällige Begegnungen im öffentlichen Raum. Im Vergleich zu Personen in dezentraler Unterbringung sind die Zahl der neuen Kontakte zu Deutschen sowie die Kontaktintensität bei Personen in Gemeinschaftsunterkünften etwas niedriger (Brücker et al., 2016, S. 62ff.). Auch die Studie von Deger et al. (2017) zeigt, dass nur einem Teil der Bewohner von Gemeinschaftsunterkünften der kommunikative Austausch mit der einheimischen Bevölkerung gelingt. Knapp ein Drittel der Befragten gab an, in den letzten Monaten Personen deutscher Herkunft in ihrer Wohnung besucht zu haben (Deger et al., 2017, S. 35). Eine verstärkte Behinderung der sozialen Integration erfolgt ebenfalls durch die Reglementierung der Wohnverhältnisse (Behrens & Groß, 2004, S. 93). Aufgrund der Wohnpflicht besteht für Bewohner von Gemeinschaftsunterkünften eine eingeschränkte Bewegungs- und Handlungsfähigkeit (Behrens & Groß, 2004, S. 48).

Eine nicht angemessene Unterbringungsqualität sorgt für hohe indirekte Folgekosten, z. B. aufgrund fehlender Arbeitsmarktintegration, psychischer Belastungen sowie ablehnender Haltungen in der Öffentlichkeit und stellt daher oft die teurere Form der Flüchtlingsunterbringung gegenüber der Unterbringung in Einzelwohnungen dar (Aumüller, Daphie & Biesenkamp, 2015, S. 44). Aus kommunaler Sicht können Gemeinschaftsunterkünfte dennoch eine vertretbare Form der Unterbringung darstellen – wenn bestimmte Mindestanforderungen erfüllt sind, wie z. B. eine überschaubare maximale Belegkapazität (nicht mehr als 100 Personen), eine Unterbringung von Familien oder Wohngruppen in abgeschlossenen Wohneinheiten mit eigenen Koch- und Sanitarräumen, eine sozial verträgliche Zusammensetzung der Bewohner sowie das Angebot einer psychosozialen Betreuung (Aumüller, Daphie & Biesenkamp, 2015, S. 68). Eine gute psychosoziale Betreuung gilt als ein wichtiger Aspekt der Verbesserung der Lebenssituation in Gemeinschaftsunterkünften (Scholz, 2016, S. 155). Darüber hinaus hat insbesondere die Unterbringungsform einen zentralen Einfluss auf die Zufriedenheit der in einer Gemeinschaftsunterkunft untergebrachten Flüchtlinge mit ihrer Wohnsituation. Personen, denen eine abgeschlossene Wohneinheit zur Verfügung steht, sind im Vergleich zu Personen, die nicht in einem abgeschlossenen Bereich wohnen, deutlich zufriedener mit der Privatsphäre (Baier & Siegert, 2018, S. 9).

6.2 ERGEBNISSE DER BEWOHNERBEFRAGUNG

Im Folgenden erfolgt eine Darstellung der Ergebnisse der Befragung von Geflüchteten, die in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht sind (18 Interviews). In Orientierung an die bestehende Forschung zur Unterbringungssituation von Geflüchteten in Gemeinschaftsunterkünften werden zur Beurteilung der Wohnsituation konkrete Qualitätskriterien (siehe Wendel, 2014, S. 37) mit berücksichtigt, dazu gehören:

- Zur Verfügung stehende Wohn- und Schlaflfläche pro Person
- Anzahl der pro Raum untergebrachten Personen
- Lage der Unterkunft
- Größe (maximale Belegungszahl) der Unterkunft
- Sozialstruktur der Bewohner
- Unterbringungsform: Nutzung von Gemeinschaftsanlagen vs. abgeschlossene Wohnbereiche mit eigener Kochgelegenheit und Sanitärbereich
- Verfügbarkeit von Gemeinschaftsräumen, Kinderspielmöglichkeiten und Außenanlagen zur Freizeitgestaltung
- Soziale Betreuung
- Verfügbarkeit zielgruppenspezifischer Angebote

Diese vielfach als Mindeststandards diskutierten Qualitätskriterien stehen in engem Zusammenhang zu individuellen Kriterien der Wohnqualität. Aufgrund der Anlage der Untersuchung als Bewohnerbefragung wurden die vorgestellten Qualitätskriterien – mit Ausnahme der Größe der Unterkunft – aus Sicht der Betroffenen erfasst.

6.2.1 Allgemeine Zufriedenheit mit der Unterbringungssituation

Im Allgemeinen wird die Unterbringungssituation von den befragten Flüchtlingen in Gemeinschaftsunterkünften als gut bis akzeptabel empfunden. Die aktuelle Unterbringung gilt vielfach als Verbesserung gegenüber der Unterbringung in einer Aufnahmeeinrichtung. Grundsätzlich besteht bei den Befragten häufig die Hoffnung, dass die Gemeinschaftsunterkunft nur eine Zwischenstation ist.

„Uns gefällt es hier gut. Es ist warm und alles in Ordnung.“

(m, 40 Jahre, Kasachstan, Familie mit 2 Kindern)

„Hier ist es besser. Wir können kochen und jederzeit die Einrichtung verlassen.“

(m, 40 Jahre, Afghanistan, Familie mit 5 Kindern)

„Ich hoffe, dass sich unsere Situation mit der Zeit verbessert und wir als Familie irgendwann in eine eigene Wohnung ziehen können.“

(m, 25 Jahre, Afghanistan, mit Eltern und 5 Geschwistern)

Insgesamt zeigen sich bei der Zufriedenheit mit der Unterbringungssituation allerdings große Unterschiede. Personen, die in einer abgeschlossenen Wohneinheit mit eigener Küche und eigenem Bad leben, sind in der Regel sehr zufrieden. Sie berichten von einem hohen Maß an Privatsphäre und einem geringen Konfliktpotenzial mit anderen Bewohnern. Personen, die in großen Unterkünften mit Gemeinschaftsbädern und -küchen leben, berichten hingegen deutlich häufiger von Problemen und zeigen eine größere Unzufriedenheit. Alleinstehende, die sich den Wohnraum mit anderen teilen, sind im Gegensatz zu Personen mit eigenem Wohnraum häufig auch unzufriedener.

6.2.2 Unterbringungsform

In Bezug auf die Unterbringungsform zeigt sich eine große Varianz. Je nachdem, welche Ausgangsbedingungen in Bezug auf die Wohnform vorherrschen, gestaltet sich das Leben in einer Gemeinschaftsunterkunft auch sehr unterschiedlich. Grundsätzlich lassen sich drei Unterbringungsformen in einer Gemeinschaftsunterkunft unterscheiden: 1) Abgeschlossene Wohneinheit mit eigener Küche und eigenem Bad, 2) eigenes Zimmer mit Gemeinschaftsküche und vielfach auch Gemeinschaftsbad, 3) Zimmer, das mit anderen Personen geteilt wird, mit Gemeinschaftsküche und -bad.

Von den 18 Personen, die in einer Gemeinschaftsunterkunft untergebracht sind, leben nur 6 Personen (33 Prozent) in einer abgeschlossenen Wohneinheit. Damit liegt die vorliegende Stichprobe unter dem bundesdeutschen Durchschnitt. Nach der IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten steht 49 Prozent der Bewohner von Gemeinschaftsunterkünften eine separate, abgeschlossene Wohneinheit zur Verfügung (Baier & Siegert, 2018, S. 10). Der Großteil der im Rahmen der „Heim-TÜV“-Studie befragten Personen verfügt zwar über ein eigenes Zimmer, ist aber auf die Benutzung von Gemeinschaftsanlagen

(Bad und / oder Küche) angewiesen (9 Personen, 50 Prozent). Drei Personen (16 Prozent) teilen sich den Schlafraum zudem mit anderen Personen. Bei Letzteren handelt es sich ausschließlich um alleinstehende Männer. Eine Besetzung nach Nationalitäten erfolgte dabei nur in einem Fall.

„Wir haben eine Wohnung mit zwei Schlafzimmern, einem Wohnzimmer mit Esstisch, einer kleinen Küchenzeile, einem Bad mit Dusche und WC und einer extra Toilette. Wir haben alles, was wir brauchen.“
(m, 25 Jahre, Afghanistan, mit Eltern und 5 Geschwistern)

„Ich lebe mit zwei anderen Männern in einem Raum. Bad und Küche teile ich mir mit etwa 15 anderen Personen.“
(m, 21 Jahre, Serbien, alleinstehend)

6.2.3 Zur Verfügung stehender Wohnraum

Im Rahmen der Interviews wurden die Befragten gebeten, die Quadratmeterzahl ihres Zimmers bzw. Apartments zu schätzen. In 13 Fällen konnte eine Quadratmeterzahl ermittelt werden (z.T. auch durch Schätzungen der Interviewerinnen). Aus den Angaben ergibt sich, dass den Befragten durchschnittlich 8 Quadratmeter Wohnfläche pro Person zur Verfügung stehen (Min: 4 m², Max: 12,5 m²). Nur drei von 18 Befragten haben einen Raum pro Person zur Verfügung. Der Großteil der Befragten mit Partner und / oder Kindern lebt zusammen in einem Raum (10 von 15 Personen, 67 Prozent). Gerade für Familien und Alleinerziehende mit Kindern stellen die zu geringe Wohnfläche und Zimmeranzahl häufig eine Belastung dar.

„Wir haben etwa 50qm [und vier Räume] für uns 8 Personen. Es ist klein, aber wir können hier leben.“
(m, 25 Jahre, Afghanistan, mit Eltern und 5 Geschwistern)

„Das Zimmer [etwa 12qm] ist viel zu klein und für uns zu dritt eigentlich unerträglich.“
(w, 38 Jahre, Georgien, allein mit zwei Kindern)

„Es ist schwierig mit Kind in einem Raum.“
(w, 29 Jahre, Indien, Familie mit einem Kind)

„Wir wohnen zu viert in einem Zimmer. Es ist sehr klein, etwa 24qm groß.“
(w, 33 Jahre, Russland, mit Kind, Mutter und Bruder)

In Einrichtungen mit Gemeinschaftsküchen werden Kochutensilien und Essen häufig mit im Wohnraum gelagert. Das führt häufig zu Platzproblemen, insbesondere bei Personen, denen nur ein Raum zur Verfügung steht.

6.2.4 Ausstattung

Die Räume in Gemeinschaftsunterkünften haben eine Grundausrüstung, die in der Regel aus einer einfachen Möblierung (Bett, Spind, Tisch, Stuhl und z.T. Kühlschrank) besteht. Wohneinheiten sind zudem mit einer Küchenzeile mit Kochplatten und Kühlschrank ausgestattet. Viele Befragte üben Kritik an dem Zustand der Möbel, insbesondere den Betten.

„Wir haben in Eisenbetten geschlafen, die immer gequatscht haben.“
(w, 29 Jahre, Georgien, allein mit zwei Kindern)

„Meine Mutter und ich schlafen mit der Matratze auf dem Boden, weil die Betten einfach zu unbequem sind.“
(w, 33 Jahre, Russland, mit Kind, Mutter und Bruder)

Bis auf einen Einzelfall haben alle befragten Bewohner eine Erstausrüstung an Geschirr und Kochutensilien erhalten. Vielfach war die Erstausrüstung allerdings sehr rudimentär und musste durch Zukäufe der Bewohner ergänzt werden.

„Ich habe nur Teller und Besteck erhalten. Pfanne und Topf zum Kochen musste ich mir selbst kaufen.“
(m, 28 Jahre, Syrien, alleinstehend)

Personen, denen keine abgeschlossene Wohneinheit zur Verfügung steht, sind auf die Nutzung von Gemeinschaftsanlagen angewiesen. Gemeinschaftsbäder und -küchen befinden sich in größeren Unterkünften jeweils auf jeder Etage. Die Küchen sind häufig nur sehr einfach ausgestattet, z.T. wird auch von kaputten Geräten berichtet. Vielfach ist nur wenig Platz zum Kochen vorhanden, was die Koordination mit anderen Bewohnern zusätzlich erschwert.

Große Unterschiede zeigen sich bei der Verfügbarkeit von Gemeinschaftsräumen und weiteren Aufenthaltsmöglichkeiten. Außenanlagen sind vielfach vorhanden, allerdings ist die Ausstattung von sehr unterschiedlicher Qualität. Die Schilderungen reichen von einem schlichten Betonplatz mit kaum vorhandenen Sitzmöglichkeiten bis hin zu individuell eingerichteten Gärten oder größeren Außenanlagen mit verschiedenen Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung (z. B. Spielplatz, Spielzeug / Fahrzeuge für Kinder, Tischtennisplatte, Fußballplatz). Vor allem klei-

nere Einrichtungen bieten ihren Bewohnern in diesem Zusammenhang bessere Bedingungen. Gemeinschaftsräume und Spielzimmer für Kinder sind nur teilweise vorhanden. Vielfach sind diese Räumlichkeiten auch nur sehr basal ausgestattet (Tisch und Stühle).

„Wir haben einen Gemeinschaftsraum mit Fernseher und Kickertisch. Draußen gibt es einen Tischtennistisch und einen Fußballplatz.“

(GU mit 111 Bewohnern)

„Es gibt Bänke, Kinderspielzeug und einen Sandkasten.“

(GU mit 48 Bewohnern)

„Es gibt draußen eigentlich gar nichts. Nur eine Bank für alle Heimbewohner. [...] Das Kinderspielzeug haben wir selbst gekauft.“

(GU mit 146 Bewohnern)

„Es gibt keinen Platz, wo die Kinder drinnen spielen können.“

(GU mit 211 Bewohnern)

„Man könnte den Gemeinschaftsraum schon mal ein wenig aufhübschen und z. B. mal eine richtige Spielecke schaffen.“

(GU mit 50 Bewohnern)

Die Möglichkeiten zum Waschen sind in der Regel gut und geben nur selten Anlass zur Kritik. Die Organisation der Waschmöglichkeiten ist dabei z.T. sehr unterschiedlich. In einigen Einrichtungen haben die Bewohner jederzeit Zugang zu den Waschmaschinen und dürfen sie allein bedienen, in anderen Einrichtungen gibt es eingeschränkte Öffnungszeiten der Waschmaschinenräume bzw. einen Waschs-service, z.T. gegen Gebühr. In einigen Fällen sind auch Trockner vorhanden. Die Mehrheit der Befragten trocknet ihre Wäsche allerdings lieber im eigenen Wohnraum als in den angebotenen Trockenräumen, teilweise auch aus Angst vor Diebstahl. Zur Grundausstattung von Gemeinschaftsunterkünften gehört auch ein Internetzugang, der aber in den meisten Fällen kostenpflichtig für die Bewohner ist, was in einigen Fällen auf Kritik stößt.

„Man kann hier täglich einen Korb mit dreckiger Wäsche abgeben und bekommt den dann für 1 € gewaschen und getrocknet zurück.“

(m, 51 Jahre, Russische Föderation, alleinstehend)

„Das Internet kostet 20€ pro Monat, funktioniert aber nicht gut [zu wenig Bandbreite].“

(w, 29 Jahre, Indien, Familie mit einem Kind)

„Das WLAN kostet 4€ pro Person und Woche.“

Das ist bei einer großen Familie sehr viel Geld.“

Wir würden gern einen privaten Vertrag abschließen, aber hier ist kein Anschluss möglich.“

(m, 25 Jahre, Afghanistan, mit Eltern und 5 Geschwistern)

6.2.5 Zustand Zimmer / Unterkunft

Die gemeinschaftliche Unterbringung erfolgt vielfach in alten Gebäuden. Nur selten berichten Bewohner von neu renovierten Objekten. Der Außeneindruck der besuchten Gemeinschaftsunterkünfte war teilweise wenig einladend. Viele Befragte sehen zudem einen Renovierungsbedarf bei Innenwänden und Bodenbelägen.

„Der Teppich ist sehr alt.“

(w, 27 Jahre, Irak, Familie mit zwei Kindern)

„Die Zimmer müssten mal gestrichen und der Bodenbelag erneuert werden.“

(w, 38 Jahre, Georgien, allein mit zwei Kindern)

„Das Zimmer war sehr schmutzig als wir hier eingezogen sind. Die Wände haben wir selbst gestrichen.“

(w, 33 Jahre, Russland, mit Kind, Mutter und Bruder)

Im Allgemeinen wird der Objektzustand aber als ok empfunden.

„Ein altes Gebäude, aber es ist ordentlich in Schuss.“

(w, 43 Jahre, Palästina, mit zwei Kindern)

„Ich würde den Zustand des Gebäudes als standhaft bezeichnen.“

(m, 21 Jahre, Serbien alleinstehend)

Der Umgang mit Schäden variiert stark. Einige Befragte berichten, dass kaputte Gegenstände schnell ausgetauscht bzw. akute Schäden zeitnah behoben wurden. Andere geben wiederum an, dass Schäden / Defekte zum Teil schon sehr lange bestehen.

„Es gab ein Loch im Dach und Wasser ist reingelaufen. Das wurde schnell repariert.“

(m, 25 Jahre, Afghanistan, Familie mit 6 Kindern)

„Wir haben hier seit einem Jahr einen Wasserschaden an der Decke. Da wurde nix gemacht.“

(w, 29 Jahre, Indien, Familie mit einem Kind)

„Zwei der vier Herde in der Gemeinschaftsküche sind schon seit einem Jahr kaputt.“

(w, 50 Jahre, Marokko, allein mit zwei Kindern)

Die meisten Befragten beschreiben den Zustand der Sanitäreinrichtungen als in Ordnung. Teilweise werden kleinere Defekte bemängelt.

6.2.6 Lage / Infrastruktur

Die Forschung zeigt, dass die Lage von Gemeinschaftsunterkünften tendenziell schlechter als bei der Unterbringung in Privatwohnungen ist. Zentrale Einrichtungen liegen häufiger im ländlichen Raum oder Gewerbegebieten (Baier & Siegert, 2018, S. 8). Auch die befragten Geflüchteten in Sachsen beschreiben die Lage ihrer Einrichtung häufiger als abseits bis abgelegen.

„Die Unterkunft liegt außerhalb der Stadt im Wald.“
(w, 43 Jahre, Palästina, Kleinstadt)

Dies bringt zwar vielfach Ruhe mit sich, sorgt aber häufig auch für eine wahrgenommene Isolation. Mehrere Befragte geben an, weite Wege zum Ortskern bzw. Stadtzentrum zu haben. Wege zur Erledigung des täglichen Bedarfs sind für einige Befragte mit Kosten für die Nutzung des öffentlichen Nahverkehrs (ÖPNV) verbunden. Gerade Befragte aus Einrichtungen, die in Mittel- oder Kleinstädten liegen, kritisieren häufig auch die Anbindung an den ÖPNV.

„Wir müssen 20 Minuten an der Schnellstraße zum Zug laufen. Es gibt keinen Fußweg. Das ist sehr gefährlich.“
(w, 27 Jahre, Irak, Kleinstadt)

„Ich muss 20 Minuten mit dem Bus zum Einkaufen in den Nachbarort fahren.“
(w, 33 Jahre, Russland, Landgemeinde)

„Wir sind hier am Stadtrand. Das Stadtzentrum ist etwa 2,5km weit weg. Der Bus dahin fährt einmal in der Stunde. [...] Zum nächsten Supermarkt laufen wir etwa 1km.“
(m, 29 Jahre, Indien, Kleinstadt)

Einige Befragten berichten zudem von Problemen beim Zugang zu medizinischer Versorgung im ländlichen Raum. Ein Mann aus Kasachstan gab beispielsweise an, in der Mittelstadt, in der seine Gemeinschaftsunterkunft liegt, keinen Hausarzt gefunden zu haben. Er muss dafür etwa 45 Minuten mit dem Zug in die nächstgelegene Großstadt fahren. In Teilen haben sich die Geflüchteten mit Fahrrädern zumindest etwas mehr Mobilität verschafft.

6.2.7 Sauberkeit / Hygiene

Das Thema Sauberkeit ist von hoher Relevanz bei Befragten, die in Gemeinschaftsunterkünften leben. Bei der Beurteilung der Sauberkeit zeigen sich insgesamt große Unterschiede. Frauen sind tendenziell kritischer als (alleinstehende) Männer. Grundsätzlich scheint die Sauberkeit in Einrichtungen, in denen Firmen die Reinigung der Gemeinschaftsanlagen übernehmen, besser zu sein. In Einrichtungen, in denen Küchen und z.T. auch Bäder von den Bewohnern selbst gereinigt werden, wird häufiger von Problemen berichtet.

„Es gibt einen Putzplan für die Küche. Aber der wird nicht wirklich eingehalten.“
(m, 28 Jahre, Syrien, alleinstehend)

„Küchen und Waschräume sind grundsätzlich sauber, weil sie Montag bis Freitag von einer Reinigungsfrau geputzt werden. Trotzdem ist es öfter schmutzig und nicht aufgeräumt.“
(w, 38 Jahre, Venezuela, allein mit einem Kind)

Mehrere Befragte berichten auch von Problemen mit Schimmel in den eigenen Räumlichkeiten, vor allem in der kalten Jahreszeit. Es ist unklar, ob dies allein auf den baulichen Zustand der Gebäude oder auch auf falsches Lüftungsverhalten der Bewohner zurückzuführen ist. Ein Mann aus Afghanistan gab an, dass die Einhaltung der Lüftungsvorgaben nicht geholfen habe und er erst ein Entfeuchtungsgerät anschaffen musste, um den Schimmel in den Griff zu bekommen. Probleme mit Ungeziefer werden hingegen nur in Einzelfällen berichtet.

„Wir hatten Schimmel am Fenster. Das wurde überstrichen und ist jetzt weg.“
(w, 33 Jahre, Russland, mit Kind, Mutter und Bruder)

6.2.8 Alltag / Freizeit

Eine Vielzahl an Befragten verbringt ihren Tag überwiegend in der Unterkunft. Vielfach wird ein sehr monotoner Alltag geschildert. Personen, die Kinder haben, die in die Kita oder die Schule gehen, gelingt in der Regel eine bessere Strukturierung des Alltags. Vielfach wird die fehlende Möglichkeit zur Ausübung einer Erwerbstätigkeit als Belastung erlebt. Einigen Befragten gelingt es immerhin gut, Abwechslung in den tristen Alltag zu bringen – z. B. durch die gemeinsame Freizeitgestaltung mit anderen Bewohnern oder durch die Ausübung einer ehrenamtlichen Tätigkeit.

„Jeder Tag ist gleich. Ich kümmere mich um meine Kinder, koche, spiele mit meiner Tochter.“

(w, 38 Jahre, Georgien)

„Ich reinige freiwillig Gemeinschaftsbad und -küche. Ich bekomme dafür zwar kein Geld, aber immerhin verschafft es mir ein wenig Abwechslung.“

(m, 21 Jahre, Serbien)

Freizeitangebote seitens der Einrichtungen sind eher selten und tendenziell in kleineren Unterkünften besser verankert. Einige Befragte berichten von Angeboten vor der Corona-Pandemie, die aber zum Befragungszeitpunkt noch nicht wieder etabliert waren. Freizeitmöglichkeiten außerhalb der Unterkünfte wie Sportvereine oder Fitnessstudio werden nur in Einzelfällen genutzt, teilweise auch wegen finanzieller Engpässe.

„Es werden verschiedene Veranstaltungen angeboten, für Kinder z. B. Malkurs, Kino oder Unternehmungen in der Natur, für Erwachsene Theater- und Kirchenbesuche oder Adventsveranstaltung.“

(GU mit 48 Bewohnern)

„Vor Corona kam hier regelmäßig eine Frau, die Deutschunterricht gegeben hat. Das findet aktuell nicht mehr statt.“

(GU mit 50 Bewohnern)

„Meine Tochter würde gern Sport machen. Das kostet aber Geld und wir können uns das nicht leisten.“

(w, 50 Jahre, Marokko)

Die Corona-Pandemie hatte vielfach negative Auswirkungen auf die Bewohner von Gemeinschaftsunterkünften. So berichten mehrere Befragte von strengen Hygienekonzepten, die das Verlassen der eigenen Räumlichkeiten regulierten und so den Kontakt der Bewohner untereinander und zu externen Personen stark einschränkten. Durch das Verbot von Freizeitangeboten wie Sprachkurse, Feste und Ausflüge fielen die wenigen Möglichkeiten zur Abwechslung zumeist komplett weg. Die Aussagen der Befragten zeigen, dass die Zeit der Corona-Pandemie vielfach als besonders belastend erlebt wurde.

„Wir haben nur gegessen und geschlafen.“

(w, 50 Jahre, Marokko)

„Wir müssen überall Maske tragen, nur in unserem eigenen Zimmer dürfen wir sie abnehmen.“

Das ist für mich kein Zuhause.“

(m, 28 Jahre, Syrien)

„Die Kita hatte zu und die Kinder waren die ganze Zeit zu Hause. Das war emotional manchmal anstrengend.“

(m, 29 Jahre, Indien)

„Mein Sohn hat in der Zeit des Home-Schoolings zugenommen, weil er sich kaum noch bewegt und nur noch am Handy gespielt hat.“

(w, 38 Jahre, Georgien)

6.2.9 Kontakte zu anderen Bewohnern

Die Intensität und Qualität der Kontakte zu anderen Bewohnern ist abhängig von der Größe der Unterkunft sowie der Unterbringungsform. In Unterkünften mit einer geringen Bewohnerzahl herrscht zum Teil eine familiäre Atmosphäre. Die Bewohner kennen sich in der Regel gut untereinander und sind auch unabhängig vom Herkunftsland miteinander verbunden. In größeren Unterkünften bestehen wenn vor allem Beziehungen unter Bewohnern aus dem eigenen Herkunftsland bzw. der gleichen Herkunftssprache. Teilweise ziehen sich hier die Bewohner aber auch sehr stark zurück, um Konflikte zu vermeiden. Kinder hingegen sind vielfach auch in größeren Unterkünften unabhängig vom Herkunftsland gut miteinander vernetzt. In Gemeinschaftsunterkünften, in denen die Geflüchteten in abgeschlossenen Wohneinheiten leben, begrenzen sich die Beziehungen unter Bewohnern häufig auf formale Grußkontakte. Das Miteinander wird in diesen Fällen als freundlich und problemlos beschrieben.

„Wir haben sehr gute Kontakte zu den anderen Bewohnern. Wir essen oft zusammen. Wir verständigen uns dann manchmal nur mit Zeichensprache.“

(w, 27 Jahre, Irak, GU mit 50 Bewohnern, Gemeinschaftsküche)

„Meine Tochter spielt nachmittags mit anderen Kindern aus dem Haus.“

(w, 33 Jahre, Russland, GU mit 146 Bewohnern, Gemeinschaftsküche und -bad)

„Ich habe nur wenig Kontakt mit anderen Bewohnern. Sie kommen alle aus anderen Ländern.“

(w, 38 Jahre, Venezuela, GU mit 120 Bewohnern, Gemeinschaftsküche und -bad)

„Ich habe nur wenig Kontakt zu anderen Bewohnern, nur zu meinem direkten Nachbarn, der auch Arabisch spricht.“

(m, 37 Jahre, Tunesien, GU mit 29 Bewohnern, abgeschlossene Wohneinheit)

Einen wichtigen Einfluss auf die Kontakte der Bewohner untereinander scheint zudem das Freizeit- und Veranstaltungsangebot seitens der Einrichtung zu haben. Geflüchtete, die in Unterkünften leben, in denen gemeinsame Aktivitäten angeboten werden, berichten oftmals von intensiveren Kontakten zu anderen Bewohnern – auch unabhängig vom Herkunftsland.

Konflikte unter Bewohnern treten – wie bereits der Forschungsstand zeigt (siehe Kapitel 6.1) – vor allem in größeren Unterkünften mit vielen alleinstehenden Männern häufig auf. Die Befragten sehen hierfür verschiedene Faktoren als ursächlich: das Aufeinandertreffen verschiedener Kulturen und Lebensstile, Alkohol- und Drogenkonsum einzelner Bewohner sowie eine damit verbundene Lärmbelästigung insbesondere am Abend und in der Nacht, von der sich vor allem Familien sehr gestört fühlen.

„Mit der Zeit sind viele Nationalitäten hier eingezogen [...] die Kulturen [...] sind sehr unterschiedlich [...]; prallen aufeinander.“

(m, 29 Jahre, Indien, Familie mit zwei Kindern)

„Die Personen aus Marokko und Algerien – die haben einfach eine andere Lebensart. Sie nehmen oft Drogen und hängen den ganzen Tag nur herum. Das sorgt natürlich für Probleme.“

(m, 28 Jahre, Syrien, alleinstehend)

„Die bringen alle zusammen, die mentale Probleme haben. Ist doch klar, dass es dann Stress gibt.“

(m, 26 Jahre, Gambia, alleinstehend)

„Unsere Zimmernachbarn hören öfter mal sehr laute Musik.“

(w, 29 Jahre, Indien, Familie mit einem Kind)

Die Aussagen einzelner Befragter zeigen zudem, dass gerade Gemeinschaftsküchen ein hohes Konfliktpotenzial bergen. In der Regel steht den Bewohnern hier nur wenig Platz zum Zubereiten der Speisen zur Verfügung. Die Kochzeiten und Gewohnheiten bei der Zubereitung von Speisen unterscheiden sich zum Teil stark, ebenso die Ansprüche an die Sauberkeit bzw. die Qualität des Aufräumens nach dem Kochen.

„Ich versuche, immer fertig zu sein mit dem Kochen, wenn andere Bewohner kommen. Es ist mir einfach unangenehm mit anderen da zu sein. Sie verschwenden z.T. so viel Wasser.“

(w, 38 Jahre, Venezuela, alleinerziehend mit einem Kind)

Mehrere Befragte berichten von körperlichen Angriffen unter anderen Bewohnern, die sie beobachtet haben. In Einzelfällen wurden auch eigene Erfahrungen mit Gewalt geschildert. Ein Befragter wurde beispielsweise von einem anderen Bewohner mit dem Messer bedroht, da er sein Essen nicht teilen wollte.

„Konflikte zwischen anderen Bewohnern kommen häufig vor. Die Männer streiten sich. Manchmal kommt auch die Polizei.“

(w, 38 Jahre, Venezuela, alleinerziehend mit einem Kind, GU mit 120 Bewohnern)

„Ich wurde von einem anderen Bewohner beleidigt und körperlich angegriffen.“

(m, 21 Jahre, Serbien, alleinstehend, GU mit 146 Bewohnern)

6.2.10 Kontakte außerhalb der Unterkunft / Integration

Einige Befragte berichten von Kontakten zu Personen außerhalb der Unterkunft. Hierbei handelt es sich überwiegend um Kontakte zu Familienmitgliedern oder Landsleuten, also Kontakte, die bereits im Herkunftsland bestanden oder in zentraler Unterbringung geknüpft wurden. Der Kontakt zu Deutschen ist vielfach begrenzt. Erwerbstätige haben bereits teilweise über die Arbeit Kontakt zur einheimischen Bevölkerung herstellen können. Personen ohne Erwerbstätigkeit fehlen hingegen Möglichkeiten zur Integration in die deutsche Gesellschaft. Angebote, die den interkulturellen Austausch fördern, werden aus Unwissenheit und Unsicherheit nicht proaktiv genutzt. Vielfach liegen auch Sprachbarrieren vor, die einen Austausch mit Einheimischen erschweren.

„Ich habe super Arbeitskollegen, mit denen ich mich auch in meiner Freizeit treffe.“

(m, 37 Jahre, Tunesien, erwerbstätig)

„Wir würden uns gern in die deutsche Gesellschaft integrieren. Aber hier gibt es keine Möglichkeit.“

(w, 27 Jahre, Irak, ohne Arbeit)

Gut vernetzt mit der einheimischen Bevölkerung sind hingegen in der Regel Kinder im Schulalter. Alle Befragten berichten davon, dass ihre Kinder – teilweise nach anfänglichen Problemen – mittlerweile gut in ihrer Schulklasse zurechtkommen und vielfach auch schon Freunde gefunden haben.

„Unsere Töchter haben Freunde in der Schule gefunden. Meine ältere Tochter [13 Jahre] trifft sich auch in der Freizeit mit ihren Schulfreunden.“

(m, 40 Jahre, Kasachstan)

6.2.11 Sozialbetreuung

Die befragten Flüchtlinge aus Sachsen zeigen sich überwiegend sehr zufrieden mit der erlebten Sozialbetreuung in Gemeinschaftsunterkünften. Das Vorhandensein einer Beratungsstelle direkt in der Unterkunft ermöglicht einen schnellen Zugang, allerdings werden z.T. Einschränkungen bei der Verfügbarkeit berichtet. Während einige Befragte jederzeit Ansprechpartner vorfinden, an die sie sich bei Fragen und Problemen wenden können, sind andere auf begrenzte Sprechzeiten angewiesen. Bis auf wenige Ausnahmen werden die Ansprechpartner der Flüchtlingssozialarbeit und auch die Mitarbeiter der Einrichtungen als sehr freundlich und hilfsbereit beschrieben, allerdings stellen teilweise auch Sprachbarrieren ein Hindernis bei konkreten Unterstützungsanfragen dar.

„Freundliche und kompetente Mitarbeiter – machen keinen Unterschied ob Deutsch oder Ausländer.“

(m, 51 Jahre, Tschetschenien)

„Die Mitarbeiter hier sind sehr freundlich und bei Problemen immer für mich da.“

(m, 21 Jahre, Serbien)

6.2.12 Sicherheitsempfinden und Diskriminierungserfahrungen

Der Großteil der Befragten schätzt ihre Lage in der Gemeinschaftsunterkunft als sicher ein. Dieser Befund entspricht den Ergebnissen der IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten (Baier & Siegert, 2018, S. 9), die zudem keinen relevanten Unterschied zwischen Frauen und Männern finden konnten. Die Bewohnerbefragung „Heim-TÜV“ zeigt, dass die wahrgenommene Sicherheit wie auch das erlebte Konfliktpotenzial von der Größe der Unterkunft und der Unterbringungsform abhängt. In kleineren Unterkünften sowie in Unterkünften, in denen die Bewohner in abgeschlossenen Wohneinheiten leben, ist das Sicherheitsempfinden grundsätzlich sehr hoch.

„Ich fühle mich hier sehr sicher.“

(w, GU mit 50 Bewohnern)

In größeren Unterkünften mit Nutzung von Gemeinschaftsanlagen äußern insbesondere Frauen teilweise Angst vor Konflikten und Gewalt. Als wesentliche Faktoren der empfundenen Sicherheit zeigen sich hier die Möglichkeit, das eigene Zimmer abzuschließen, die Anwesenheit eines Wachschutzes in der Einrichtung sowie eine Videoüberwachung.

„Ich fühle mich z.T. unsicher hier im Heim und habe v.a. Angst um meine Tochter [5 Jahre]. Sie hat mal von einem Bewohner eine Ohrfeige bekommen, weil sie laut war.“

(w, GU mit 146 Bewohnern)

„Ich fühle mich sicher in dieser Unterkunft – das Zimmer ist abschließbar, Fremde kommen ohne die Security nicht rein, es gibt eine Videoüberwachung.“

(m, GU mit 150 Bewohnern)

„Manchmal kommt die Polizei, weil es Konflikte unter den Bewohnern gibt. Aber es gibt hier keine Videoüberwachung. Wenn etwas passiert, gibt es keine Beweise, wer es war. Ich versuche mich da immer rauszuhalten.“

(w, GU mit 120 Bewohnern)

Einige Befragte berichten auch von Diskriminierungserfahrungen, die sie in der Nachbarschaft bzw. Öffentlichkeit erlebt haben. Der Umgang mit diesen Erfahrungen ist unterschiedlich und reicht von Verdrängung bis Resignation. Da sich bei vielen Befragten der Großteil des Alltagslebens in der Gemeinschaftsunterkunft abspielt, sind jedoch die Berührungspunkte zur einheimischen Bevölkerung und damit auch Diskriminierungserfahrungen insgesamt eher gering.

„Sprüche wie: ‚Scheiß Ausländer, was wollt ihr hier?‘ oder ‚An Straßenschilder seid ihr wohl nicht gewöhnt?‘ habe ich schon öfter gehört, insbesondere hier im Osten.“

(m, 37 Jahre, Tunesien)

„Wir haben eigentlich keine besonderen Erfahrungen mit Fremdenfeindlichkeit. [...] Wir sind schon mal von Jugendlichen mit Steinen beworfen worden.“

(m, 40 Jahre, Afghanistan)

6.3 FAZIT – UNTERBRINGUNG IN GEMEINSCHAFTSUNTERKÜNFEN

Wie bereits der „Heim-TÜV“ 2019 (Patzelt & Meißelbach, 2019) weist auch die vorliegende „Heim-TÜV“-Studie auf eine große Varianz in der Bewertung der Unterbringungssituation in Gemeinschaftsunterkünften hin. Es gibt Befragte, die grundsätzlich zufrieden sind mit ihrer Unterbringungssituation und Befragte, die aufgrund mehrerer Kritikpunkte mehr oder weniger stark unter ihrer Unterbringungssituation leiden. Grund hierfür sind große Unterschiede hinsichtlich der organisatorischen und bau-

lichen Merkmale der untersuchten Gemeinschaftsunterkünfte. Als zentrale Kriterien der Bewertung der Unterbringungssituation haben sich die Unterbringungsform, die Größe der Unterkunft sowie die Sozialstruktur der Bewohner aber auch das Engagement der Mitarbeiter und Heimleitungen herausgestellt. Ein häufig problematischer Aspekt der Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften ist die geringe Wohnfläche, die pro Person zur Verfügung steht. In der Regel wird ein Wohnraum mit mehreren Personen geteilt. In Einrichtungen, in denen die Bewohner Gemeinschaftsanlagen nutzen, sind Sauberkeit und zwischenmenschliche Konflikte ein großes Thema.

7 Dezentrale Unterbringung

Im Folgenden wird die Wohnsituation in dezentraler Unterbringung betrachtet. Nach der Darstellung des Forschungsstandes werden wieder die Erfahrungen der befragten Flüchtlinge aufgezeigt.

Unter die Kategorie dezentrale Unterbringung fallen die Befragten, die in einer Privatwohnung wohnen. Wie bereits das vorhergehende Kapitel gezeigt hat, lassen sich die Begriffe „Gemeinschaftsunterkunft“ und „Wohnung“ in der Praxis nicht immer trennscharf voneinander abgrenzen, da Gemeinschaftsunterkünfte in einigen Fällen aus mehreren räumlich zusammenhängenden Wohnungen in einem Gebäude oder einem Quartier bestehen (siehe auch BBSR, 2017, S. 33) und in diesem Fall von den Kommunen teilweise auch als „Wohnprojekte“ ausgewiesen werden. Wohnprojekte können als Mischform zwischen Gemeinschaftsunterkunft und dezentralem Wohnen verstanden werden, die in der vorliegenden Studie allerdings zur zentralen Unterbringung (Kategorie Gemeinschaftsunterkünfte) gezählt wurden. Es handelt sich um eine Unterbringung in eigenen abschließbaren Wohnungen, die aber zentral als Einrichtung unter einer Heimleitung organisiert sind und bei denen eine dauerhafte soziale Betreuung zur Verfügung steht. In Abgrenzung dazu wird im Folgenden ausschließlich die Unterbringung in Privatwohnungen betrachtet, bei der die Sozialbetreuung anlassbezogen und aufsuchend organisiert ist.

7.1 FORSCHUNGSSTAND

Verschiedene Studien kommen zu dem Schluss, dass die dezentrale Unterbringung sowohl aus humanitärer als auch finanzieller Sicht „die bessere Alternative zu

Gemeinschaftsunterkünften“ (Flüchtlingsrat NRW, 2022, S. 17) darstellt (Baier & Siegert, 2018; Bauer 2017; Wendel 2014). Auch Entscheidungsträger in der kommunalen Flüchtlingspolitik sind sich weitgehend einig, dass aufgrund des höheren Konfliktpotenzials in Gemeinschaftsunterkünften eine dezentrale Unterbringung die bessere Lösung ist (Institut für Demoskopie Allensbach, 2016, S. 14). Eine Unterbringung in Privatwohnungen sorgt bei Geflüchteten für einen Autonomiegewinn, da sie den individuellen Bedürfnissen der Menschen besser Rechnung trägt (Aumüller, Daphi & Biesenkamp, 2015, S.38). Sie stellt aus Sicht der Geflüchteten eine „eklatante Verbesserung der persönlichen Lebenssituation“ (Brücker et al., 2016, S. 88) dar, denn das Bewohnen einer eigenen Wohnung bringt Privatsphäre und ermöglicht eine selbstbestimmte Lebensführung. Daher zeigen Personen in dezentraler Unterbringung auch eine sehr hohe Zufriedenheit mit ihrer Wohnsituation. Sie haben ein hohes Sicherheitsgefühl, loben die Ruhe, Schönheit des Wohngebiets sowie die freundliche Atmosphäre vor Ort – ein Kontrast zu den Erfahrungen in den Gemeinschaftsunterkünften (Leßke, Singfield & Blasius, 2019, S. 37f.). Insgesamt äußern Geflüchtete, die in Privatwohnungen untergebracht sind, deutlich mehr positive Aspekte als Kritikpunkte in Bezug auf ihre Unterbringungssituation (Leßke, Singfield & Blasius, 2019, S. 38).

Verschiedene Forschungsergebnisse weisen zudem auf eine bessere Integrationsmöglichkeit von Geflüchteten in Privatwohnungen hin. So hat die Unterbringung in einer privaten Unterkunft einen signifikant positiven Einfluss auf die Sprachkompetenz (Baier & Siegert, 2018, S. 38f.) und steht in einem positiven Zusammenhang mit der Erwerbstätigkeitswahrscheinlichkeit (IAB, BiB, BAMF & SOEP, 2022, S. 11). Darüber hinaus stößt eine dezentrale

Unterbringung auf höhere Akzeptanz in der ortsansässigen Bevölkerung. Daher ist auch die Wahrscheinlichkeit für rassistische Angriffe geringer als bei einer zentralen Unterbringung (Aumüller, Daphi & Biesenkamp, 2015, S. 61; SAB, 2017, S.19). Insgesamt ist der Anteil an Personen mit häufigen Diskriminierungserfahrungen bei Geflüchteten in dezentraler Unterbringung niedriger als bei Geflüchteten in Gemeinschaftsunterkünften (Brücker, Rother & Schupp, 2016, S. 64). Auch aus finanzieller Sicht gibt es Argumente für eine Unterbringung in Privatwohnungen. So werden die Kosten für Verwaltung, soziale Betreuung, Bewirtschaftung und Bewachung minimiert bzw. entfallen (Aumüller, Daphi & Biesenkamp, 2015, S. 43).

Einige Studien (BBSR, 2017; Bohn et al., 2017) weisen darauf hin, dass die Unterbringung in einer Einzelunterkunft nicht grundsätzlich besser bzw. komfortabler ist als die Unterbringung in einer Gemeinschaftsunterkunft. Dies betrifft insbesondere Personen, die in Wohngemeinschaften untergebracht sind (BBSR, 2017, S.6). Bohn und Kollegen weisen zudem darauf hin, dass für die Bewertung der Unterbringungssituation auch andere Einflussfaktoren des Wohlbefindens wie die erhaltene soziale Unterstützung und die soziale Integration heranzuziehen sind. Sie kommen zu dem Schluss, dass „[ein] in der Gemeinschaftsunterkunft lebendes und z. B. in verschiedene Zusatzangebote zur Sprachförderung involviertes Kind [...] ggf. bessere Startmöglichkeiten haben [kann] als ein Kind, das mit seiner Familie eine eigene Wohnung bezogen hat, dort aber isoliert wohnt“ (Bohn et al., 2017, S. 37). Die Unterbringung in einer Privatwohnung setzt zur Lösung konkreter Problemlagen in Bezug auf Hilfsangebote und soziale Anlaufstellen eine gewisse Eigenverantwortlichkeit und Fähigkeit sich vor Ort selbst zu orientieren voraus (Aumüller, Daphi & Biesenkamp, 2015, S. 38). Personen, die Probleme haben, sich aufgrund von Sprachbarrieren oder kulturellen Besonderheiten in der Alltagspraxis zurechtzufinden, können somit in Gemeinschaftsunterkünften bessere Ausgangsbedingungen haben (SAB, 2017, S. 24).

In Bezug auf den Aufbau persönlicher Kontakte von Geflüchteten in dezentraler Unterbringung ist der Forschungsstand widersprüchlich. Aumüller und Kollegen (2015) betonen, dass die Unterbringung in Privatwohnungen die Integration in die lokale Umgebung und den örtlichen Alltag erleichtert (S.38). Die Unterbringungsform schafft Nähe zur einheimischen Bevölkerung. Kontakte zu Nachbarn und zu anderen Institutionen können aufgebaut, Freundschaften geknüpft werden. In ihren Fallstudien zur kommunalen Flüchtlingspolitik stellten Aumüller und Bretl (2008) hingegen bei Flüchtlingen in dezentraler Unterbringung Tendenzen der sozialen Iso-

lation fest (S. 180). Auch in der Studie von Leßke und Kollegen (2019) war der Aufbau von persönlichen Kontakten ein Kritikpunkt der befragten Flüchtlinge, die in Privatwohnungen leben. Nur ein Teil der Befragten hatte Kontakte zu Deutschen innerhalb der Nachbarschaft. So gaben 7 von 13 Befragten an, seltener als mehrmals im Monat bzw. nie Kontakte zu haben (Leßke, Singfield & Blasius, 2019, S. 36f.). Die Kontaktaufnahme zu Deutschen außerhalb der Nachbarschaft scheint hingegen einfacher zu fallen. Hier gaben 5 von 13 Befragten an, seltener als mehrmals im Monat bzw. nie Kontakte zu haben (Leßke, Singfield & Blasius, 2019, S. 40). Als zentrale Hürde beim Aufbau persönlicher Kontakte werden fehlende Sprachkenntnisse angesehen (ebd.). Darüber hinaus könnte ein hoher Migrantenanteil in der Nachbarschaft, der aus Sicht einiger Befragter kritisiert wurde (Leßke, Singfield & Blasius, 2019, S. 36), ein Grund für die Probleme bei der Kontaktaufnahme zu Deutschen sein.

Neben dem Aufbau persönlicher Kontakte gibt es weitere Punkte, die aus Sicht von Geflüchteten, die in Privatwohnungen untergebracht sind, kritisiert werden. Dazu zählt zum einen die örtliche Infrastruktur. Privatwohnungen für Flüchtlinge haben teilweise eine periphere Lage und damit eine schlechte Erreichbarkeit von Schule, Arbeitsstelle, Sprachkursen und Einkaufsmöglichkeiten (Leßke, Singfield & Blasius, 2019, S. 36). Der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (2017) betont die Relevanz infrastruktureller Anbindung vor allem im Kontext von Zugang zu Arbeit und Bildung sowie Gesundheitsversorgung (S. 47). Die „Heim-TÜV“-Studie 2017 zeigt, dass Geflüchtete, die dezentral untergebracht sind, darüber hinaus vor allem organisatorische Aspekte der (kommunalen) Flüchtlingspolitik kritisieren wie Wartezeiten bei der Ausstellung von Ausweispapieren und Bearbeitung von Asylanträgen, Verfügbarkeit von Plätzen in DaZ-Klassen und Sprachkursen sowie die fehlende Möglichkeit, selbständig den Lebensunterhalt zu verdienen (SAB, 2017, S. 20).

Im Allgemeinen sind Personen, die in einer Einzelunterkunft wohnen, jedoch deutlich zufriedener mit ihrer Wohnsituation als Personen, die in einer Gemeinschaftsunterkunft leben. Im Rahmen der IAB-BAMF-SOEP-Befragung von Geflüchteten gaben 75 Prozent der Befragten, die in einer privaten Unterkunft wohnen, an, ganz und gar oder eher zufrieden mit ihrer Wohnsituation zu sein. Bei den Befragten, die in einer Gemeinschaftsunterkunft leben, waren es hingegen nur 43 Prozent (Brücker, Rother & Schuppe, 2016, S. 33). Auch in Bezug auf einzelne Aspekte der Wohnsituation – wie Sicherheit in Nachbarschaft, Sicherheit in Wohnung / Unterkunft, Geräuschpegel, Anbindung ÖPNV, Privatsphäre, Deutschangebote

in der Nähe, Freizeitangebote – zeigen sich Personen, die in einer privaten Wohnung untergebracht sind, durchweg zufriedener als Personen, die in einer Gemeinschaftsunterkunft leben (ebd.; Baier & Siegert, 2018, S. 9). Die größten Unterschiede lassen sich hier bei den Aspekten Privatsphäre und Geräuschpegel feststellen (Brücker, Rother & Schupp, 2016, S.33).

7.2 ERGEBNISSE DER BEWOHNERBEFRAGUNG

Im Folgenden erfolgt eine Darstellung der Ergebnisse der Befragung von Geflüchteten, die in Privatwohnungen leben (17 Interviews). Hierbei werden weitgehend die gleichen Aspekte beleuchtet wie bereits in Kapitel 6.2 bei den Bewohnern von Gemeinschaftsunterkünften.

7.2.1 Allgemeine Zufriedenheit mit der Unterbringungssituation

Wie bereits vorangegangene Studien zeigen, wird die Unterbringung in einer Privatwohnung als deutliche Verbesserung gegenüber dem Leben in einer Gemeinschaftsunterkunft erlebt, insbesondere weil Selbständigkeit und Privatsphäre ermöglicht werden und weniger Fremdbestimmung (z. B. durch regelmäßige Kontrollen) erfolgt. Die Befragten sehen als großen Vorteil, sich den Tagesablauf selbst organisieren zu können und sich nicht mehr an externe Zeitvorgaben halten zu müssen. Zudem können sie nun ganz nach ihren Präferenzen den Wohnraum nutzen.

„Diese Wohnung ist ein Schloss gegenüber der Unterbringung in einem Heim.“

(w, 41 Jahre, Venezuela)

„Wir haben uns sehr gefreut, in eine eigene Wohnung ziehen zu dürfen. Das ist natürlich ein Paradies im Vergleich zur Gemeinschaftsunterkunft.“

(m, 31 Jahre, Libanon)

„Die Wohnung ist unser Eigenes.“

(w, 28 Jahre, Türkei)

„Ich kann jetzt auch selbst kochen. [...] Ich lebe jetzt wie ein Mensch.“

(m, 31 Jahre, Libyen)

Trotz einer insgesamt hohen Zufriedenheit mit der Wohnsituation werden von mehreren Befragten auch zwei zentrale Kritikpunkte genannt. Kritisiert wird zum einen, dass die Wohnung nicht selbst ausgewählt werden kann, sondern zugewiesen wird. Diesen Vorgang erleben einige

Befragte als starke Beeinträchtigung der Lebenssituation. In diesem Zusammenhang steht auch die Kritik eines alleinstehenden jungen Mannes, der einer Wohngemeinschaft zugewiesen wurde.

„Da ich ja nicht meine eigene Wohnung aussuchen kann, wurde ich in die WG geschickt. [...] Mir wurde [...] gesagt, dass der Mitbewohner ganz gut ist [...]. Er ist ein Drogendealer.“

(m, 25 Jahre, Irak)

Zum anderen bemängeln einige Befragte die fehlende Transparenz bei der Zuweisung der Wohnungen, was in Teilen zu einem Ungerechtigkeitsempfinden führt.

„Es gibt eine andere Familie, die eine größere Wohnung bekommen haben, obwohl sie nicht arbeiten gehen und auch geringere Deutschkenntnisse haben.“

(m, 30 Jahre, Irak)

7.2.2 Zur Verfügung stehender Wohnraum

In 12 von 17 Interviews konnte die Quadratmeterzahl der Wohnung ermittelt werden. Aus den Angaben ergibt sich, dass den befragten Geflüchteten in dezentraler Unterbringung durchschnittlich 21 Quadratmeter Wohnfläche pro Person zur Verfügung stehen (Min: 10 m², Max: 40 m²). Fast die Hälfte der Befragten hat mindestens einen Raum pro Person zur Verfügung (8 von 17 Befragten). Im Vergleich zu Personen, die in Gemeinschaftsunterkünften leben, haben die Geflüchteten in Privatwohnungen somit deutlich mehr Wohnraum. Dieser Befund entspricht auch den Ergebnissen der IAB-BAMF-SOEP-Befragung (Baier & Siegert, 2018, S. 8).

Dennoch ist eine zu geringe Wohnfläche ein Kritikpunkt, der insbesondere von kinderreichen Familien geäußert wird. Hier wird häufig die zu geringe Zimmeranzahl als problematisch erlebt.

„Unser Antrag auf eine größere Wohnung wurde schon 2 Mal abgelehnt. Die 3 Kinder [weiteres Baby unterwegs] schlafen alle in einem Raum. Es gibt häufig Konflikte in der Familie, weil wir zu wenig Platz haben.“

(m, 36 Jahre, Irak)

7.2.3 Ausstattung

Alle Befragten berichten, dass die ihnen zugewiesene Privatwohnung mit einem Bad mit Dusche / Wanne und WC sowie einer Küche ausgestattet ist. Ein Teil der Wohnungen hat auch einen Balkon. In nur wenigen Fällen ist ein Keller vorhanden. Das sorgt insbesondere bei kinder-

reichen Familien teilweise für Platzprobleme. Bei Einzug war stets eine Grundausrüstung an Mobiliar vorhanden. Allerdings zeigen sich große Unterschiede beim Umfang und dem Zustand der Möbel. Einige Befragte berichten von einer sehr spärlichen Erstausrüstung, andere haben eine voll möblierte Wohnung mit Herd, Kochplatten, Kühlschrank, Betten, Schränken, Tisch und teilweise auch Waschmaschine gestellt bekommen.

„In der Wohnung war alles Notwendige vorhanden: ein Bett, ein Tisch mit zwei Stühlen, ein Schrank, die Küche und eine Waschmaschine.“
(m, 31 Jahre, Libyen)

„In der Küche war nur ein Schrank vorhanden. Den Rest habe ich selbst dazu gebaut.“
(m, 42 Jahre, Albanien)

Mehrere Befragte haben stark abgenutzte Möbel vorgefunden, die dann durch eigene Anschaffungen ersetzt wurden. Die Mehrheit der Befragten hat sich zudem zur weiteren Ausstattung der Wohnung eigene Möbel organisiert, teilweise auch mit Unterstützung der Flüchtlingssozialarbeiter. In einigen Fällen wurde Teppichboden über den Linoleumboden verlegt.

„Das Bett war nicht nutzbar, da schlafe ich lieber auf dem Boden.“
(m, 25 Jahre, Irak)

„Wir haben nach und nach die Ausstattung getauscht, z. B. die Matratzen vom Bett.“
(m, 42 Jahre, Albanien)

Viele der Wohnungen haben eine zum Haus gehörende Grünfläche, teilweise steht explizit ein Garten und / oder Spielplatz zur Verfügung. Auch wenn Außenflächen vorhanden sind, werden sie nur selten genutzt. Alle Befragten können auf eine funktionierende Internetverbindung zugreifen. Viele haben sich eine eigene WLAN-Verbindung organisiert, zum Teil werden auch nur mobile Daten genutzt. Mehrere Befragte leben in einem Haus ohne Aufzug. Das stößt insbesondere bei Personen, die in einer höheren Etage wohnen, auf Kritik.

„Meine Frau ist Dialysepatientin. Wir wohnen in der 4. Etage ohne Fahrstuhl.“
(m, 28 Jahre, Somalia)

„Wir wohnen in der 4. Etage mit drei kleinen Kindern. Es ist sehr anstrengend ohne Aufzug die Einkäufe nach oben zu tragen.“
(m, 31 Jahre, Libanon)

7.2.4 Zustand Wohnung / Haus

Die Unterbringung erfolgt vielfach in alten Mehrfamilienhäusern oder Plattenbauten, oft auch eingebettet in Wohnblocksiedlungen. Die Fassaden und Treppenhäuser sind meistens alt. In der Regel ist der Zustand des Wohnhauses schlechter als die Wohnung selbst. Dennoch sehen mehrere Befragte einen Renovierungsbedarf in Bezug auf den Bodenbelag, die Fenster und / oder die Wände.

„Der Boden ist stark abgenutzt und müsste erneuert werden.“
(m, 42 Jahre, Albanien)

„Die Wände waren vollgemalt und schmutzig.“
(m, 28 Jahre, Somalia)

„Vieles ist alt und abgewohnt. Die Sockelleisten sind teilweise lose oder fehlen ganz und die Tapete im Wohnzimmer löst sich an einigen Stellen.“
(m, 31 Jahre, Nigeria)

Auch sonstige Mängel wie das Auftreten von Schimmel, kaputte Küchengeräte oder Probleme bei der Elektrik werden berichtet. In der Regel wurden diese Mängel durch den Hausmeister oder die Hausverwaltung beseitigt. In einigen Fällen wird kritisiert, dass keine Hilfe erfolgte. Zum Teil wurden die Bewohner hier selbst aktiv.

Die Sauberkeit des Wohnhauses wird vielfach als angemessen bezeichnet. Grundsätzlich besteht eine große Dankbarkeit für den Erhalt einer eigenen Wohnung, so dass keine hohen Ansprüche an das Wohnhaus gestellt werden.

„Das Haus ist sehr alt, aber egal, Hauptsache ein Dach über dem Kopf.“
(m, 31 Jahre, Nigeria)

7.2.5 Lage / Infrastruktur

Die Lage wird in Teilen als ruhig, teilweise auch als abgelegen oder ländlich beschrieben. In einigen Fällen liegen die Privatwohnungen aber auch zentral in Nähe zur Innenstadt. Die Anbindung an den ÖPNV ist daher auch sehr unterschiedlich – bei Personen, die in größeren Städten leben, tendenziell gut, bei Personen, die im ländlichen Raum leben, eher schlecht. In Kleinstädten ist die Anbindung stark abhängig von der konkreten Lage der Wohnung. Einkaufsmöglichkeiten sind in der Regel gut zu erreichen. Die Wege zur Schule / Kita sowie zu Sprachkursen oder Arbeitsstätte sind in einigen Fällen sehr weit.

„Die Wohnung hat eine sehr gute Lage. Alle wichtigen Punkte sind in wenigen Minuten zu erreichen.“

(w, 41 Jahre, Venezuela, Kleinstadt)

„Wir leben hier am Stadtrand in ruhiger Lage. Den Supermarkt kann ich zu Fuß gut erreichen. Allerdings habe ich Schwierigkeiten, zu meiner Ausbildung zu gelangen. Arbeitsstelle und Berufsschule liegen beide in anderen Städten. Wenn ich Spätschicht habe, müssen mich Freunde abholen, sonst würde ich nicht nach Hause kommen.“

(w, 46 Jahre, Pakistan, Kleinstadt)

„Weil ich in [Großstadt] Schule besuche und ich habe Arzt in [Großstadt]. Reisezeit dauert sehr lange.“

(w, 29 Jahre, Georgien, Kleinstadt)

„gehe ich dann noch ins Fitnessstudio oder draußen joggen.“

(m, 25 Jahre, Irak, alleinstehend)

„Wir sind nur zum Einkaufen oder Arztbesuch draußen unterwegs.“

(m, 36 Jahre, Irak, Familie mit 3 Kindern)

„Wenn wir als Familie einen Tag zusammen frei haben, dann gehen wir wandern oder fahren nach [Großstadt] zum Einkaufen.“

(m, 30 Jahre, Irak, Familie mit 3 Kindern)

„Wir haben einen Schrebergarten. Dort verbringen wir unsere Freizeit. Ich habe dort einen kleinen Pool für meinen Sohn aufgestellt.“

(m, 42, Albanien, Familie mit einem Kind)

7.2.6 Alltag / Freizeit

Viele Befragte haben feste Alltagsstrukturen. Sie gehen einer Erwerbstätigkeit nach, besuchen die Sprachschule oder begleiten ihre Kinder täglich zur Kita / Schule und nach Hause. In wenigen Fällen fehlt diese Alltagsstruktur, wenn keine Arbeit vorhanden ist, keine Kinder im Haushalt leben und generell Sozialkontakte fehlen. Diese Situation wird dann als starke psychische Belastung erlebt.

„Ich besuche am Vormittag den Deutschkurs und am Nachmittag helfe ich bei der Diakonie in XX aus. Ich dolmetsche da und unterstütze Flüchtlinge.“

(m, 24 Jahre, Libyen)

„Ich stehe auf und hänge dann vorm Fernseher und am Handy. Wenn mein Sohn bei mir ist, ist es besser, dann habe ich einen geregelten Alltag, weil ich ihn zur Kita bringe und wieder abhole.“

(m, 26 Jahre, Gambia)

Die Freizeit wird vielfach in der Familie verbracht. Insbesondere unter der Woche bleiben viele Familien zu Hause – zum Teil auch, weil der Alltag mit Arbeit, Schule, Sprachkurs, Kinderbetreuung etc. voll ausgefüllt ist. Am Wochenende werden auch mal Ausflüge im Familienverband unternommen. Alleinstehende nutzen ihre Freizeit häufig für Sport oder auch Treffen mit Sozialkontakten. Insgesamt gibt es aber nur wenige Geflüchtete, die von festen Freizeitaktivitäten berichten.

„Mein typischer Tag sieht so aus: Ich stehe 5.30 Uhr auf, esse Frühstück, mach mich fertig im Bad, fahre mit der Bahn in die Stadt und dann mit dem Zug zu meinem Kolleg. Dort bin ich bis etwa 15 Uhr. Und um 16.30 Uhr bin ich zurück in der Wohnung. Manchmal

Die Corona-Pandemie hat insbesondere Personen in ihrem Alltag getroffen, die zu dem Zeitpunkt einen Sprachkurs absolviert haben, in Schule oder Ausbildung oder erwerbstätig waren. Auch Eltern mit Kindern im Kita- bzw. Schulalter berichten von weitreichenden Veränderungen ihres Alltagslebens. Der Wegfall fester Alltagsstrukturen und die Herausforderung, die Kinder den ganzen Tag zu Hause zu betreuen, hat bei einigen Betroffenen zu starken psychischen Belastungen geführt. Insbesondere auch die Kinder haben unter der Situation gelitten.

„Das war eine schwierige Zeit. Ich habe an einem Sprachkurs teilgenommen, aber die Schule hat zugemacht.“

(m, 44 Jahre, Libanon)

„[Ich] wäre fast nicht versetzt worden, hatte keine Motivation mehr.“

(m, 25 Jahre, Irak, macht Abitur)

„Meine Kinder haben sich wie im Gefängnis gefühlt und in der Zeit viel geweint, weil sie nicht zum Spielplatz gehen konnten.“

(m, 31 Jahre, Libanon)

7.2.7 Kontakte zu Nachbarn

In Bezug auf ihre Nachbarschaft werden sehr unterschiedliche Erfahrungen geschildert. Einige Befragte haben gute Kontakte zu den Nachbarn – vielfach auch Personen mit Migrationshintergrund – aufgebaut. Sie unterstützen sich gegenseitig, verleihen sich Gegenstände und sind miteinander im Gespräch. Andere Befragte haben bis auf formelle Grußkontakte keinerlei Kontakt zu ihren Nachbarn, teilweise auch aufgrund von Sprach-

barrieren. Auch negative Erfahrungen werden vereinzelt berichtet. Einige Befragten haben den Eindruck, dass deutsche Nachbarn den Kontakt bewusst vermeiden oder die Familie sogar absichtlich schikanieren.

„Die Nachbarschaft ist wunderbar.“

(w, 46 Jahre, Pakistan)

„Uns gegenüber wohnt eine georgische Familie. Wir helfen uns oft gegenseitig.“

(w, 39 Jahre, Libyen)

„Wir haben keine Kontakte zu den Nachbarn.“

(m, 44 Jahre, Venezuela)

„Manche ältere Menschen hatten wohl Angst vor uns. Sie sind, wenn sie uns gesehen haben, ganz schnell in ihre Wohnung gegangen.“

(w, 28 Jahre, Myanmar)

„Die Leute in diesem Haus [...] sind alle rassistisch. Sie mögen keine Menschen mit dunkler Hautfarbe und grüßen uns nicht.“

(m, 31 Jahre, Nigeria)

„Wenn Besuch zu uns kommt, gibt es ganz häufig Beschwerden, dass wir zu laut sind. Die Nachbarn sind manchmal auch unfreundlich zu den Kindern. Irgendwie sind wir immer gestresst wegen der Nachbarn.“

(m, 44 Jahre, Libyen)

7.2.8 Weitere Kontakte / Integration

Außerhalb des eigenen Wohnhauses haben die Befragten häufig Kontakt zu in Deutschland lebenden Verwandten und Personen aus dem eigenen Herkunftsland, die sie entweder schon aus der Heimat kannten oder im Zuge ihres Aufenthalts in Deutschland kennengelernt haben.

„Mein Bruder lebt schon seit 20 Jahren in Deutschland, auch in Sachsen. Er übersetzt manchmal für uns.“

(m, 36 Jahre, Irak)

„Alle zwei Wochen treffen wir uns mit anderen türkischen Familien, die wir in Deutschland kennengelernt haben.“

(m, 31 Jahre, Türkei)

„Ich habe noch zwei Bekannte aus Libyen, die ich im Heim kennengelernt habe.“

(m, 31 Jahre, Libyen)

„Wir kennen zwei weitere Familien aus Venezuela hier in [Kleinstadt]. Der Kontakt kam über unsere Sozialarbeiterin.“

(w, 41 Jahre, Venezuela)

Kontakte zu Deutschen sind deutlich seltener. Als einfache Möglichkeit, in näheren Kontakt zu deutschstämmigen Personen zu kommen, zeigt sich die Arbeitsstelle. Hier haben die Befragten sowohl positive als auch negative Erfahrungen gesammelt. Darüber hinaus gibt es für die Geflüchteten nur wenige Gelegenheiten, in einen näheren Austausch mit Deutschen zu treten. Sozialkontakte können außerhalb der Arbeitsstelle nur bei sehr stark proaktivem Verhalten der Flüchtlinge aufgebaut werden.

„Auf Arbeit spreche ich nur Deutsch. Meine Kollegen sind meine Freunde.“

(m, 42 Jahre, Albanien)

„Meine Kollegen haben kein Verständnis, wenn ich etwas mal nicht verstehe und sind nicht immer freundlich zu mir.“

(m, 28 Jahre, Somalia)

„Zu Beginn meiner Ausbildung hatte ich Probleme mit der Ausbilderin. Sie hatte wenig Akzeptanz für mich als Ausländerin. Ich war sogar zwei Wochen lang im Krankenhaus, weil mich das so enorm gestresst hat. Jetzt läuft es besser.“

(w, 46 Jahre, Pakistan)

„Seit unserer Ankunft hier in [Kleinstadt] engagieren wir uns in der Kirchgemeinde. Sie ist wie unsere Familie. Wir kennen daher auch einige deutsche Familien.“

(w, 46 Jahre, Pakistan)

„Außerhalb von meiner Arbeit habe ich keinen Kontakt zu Deutschen. Ich würde mir mehr Kontakte wünschen, auch um mehr Deutsch zu lernen, aber mein Alltag ist mit Arbeiten gehen und alltäglichen Besorgungen sehr voll.“

(m, 30 Jahre, Irak)

„Ich gehe einfach offen auf andere zu. Daher habe ich auch viele Freunde in [Mittelstadt] und [nahegelegene Großstadt].“

(m, 24 Jahre, Libyen)

7.2.9 Sozialbetreuung

Die Mehrheit der Befragten zeigt sich mit der Sozialbetreuung zufrieden. Sie wird in der Regel nur anlassbezogen in Anspruch genommen, vor allem bei Fragen zu erhaltenen Briefen. Viele Befragte berichten davon, jederzeit zu dem jeweiligen Ansprechpartner Kontakt aufnehmen zu können – per Telefon, Email oder Whatsapp. Vereinzelt erhalten die Geflüchteten auch regelmäßig Besuche der Sozialarbeiter in ihrer eigenen Wohnung. Zum Teil erfolgt die Betreuung auch durch Ehrenamtliche. Nur in wenigen Fällen, in denen besondere Problemlagen vorlagen, wird eine unzureichende Unterstützung kritisiert.

„Der Sozialarbeiter hat sein Büro hier in der Nähe. Wir laufen 10 Minuten dahin. Wir haben nur Kontakt zu ihm, wenn wir Fragen zu Briefen und Schulangelegenheiten haben.“

(m, 36 Jahre, Irak)

„Manchmal fotografiere ich auch Briefe ab und wir besprechen die dann telefonisch. [...] Er hilft uns beim Dokumenten ausfüllen. Einen Kitaplatz und den Hausarzt mussten wir aber selbst organisieren. Da hätten wir uns mehr Unterstützung gewünscht.“

(m, 31 Jahre, Libanon)

„Ich habe viele Sachen nicht gewusst, z.B. wo ich das medizinische Gutachten für meine Frau herbekomme.“

(m, 28 Jahre, Somalia)

Je besser die Deutschkenntnisse sind, umso seltener wird die Sozialbetreuung in Anspruch genommen. Die Aussagen einiger Befragter deuten in diesem Zusammenhang auf ein großes Bedürfnis nach uneingeschränkter Selbständigkeit hin.

„Ich brauche keine Hilfe. Ich organisiere alles selbst.“

(m, 30 Jahre, Irak)

7.2.10 Sicherheitsempfinden und Diskriminierungserfahrungen

Alle Befragten geben an, sich grundsätzlich sicher zu fühlen in ihrer eigenen Wohnung. Die Wahrnehmung des Wohnortes unterscheidet sich zum Teil sehr stark. Die Mehrheit fühlt sich jedoch wohl. Einige äußern explizit eine Bleibeabsicht für den aktuellen Wohnort.

„[Mittelstadt] ist eine schöne Stadt, nur leider sehr weit weg von anderen Städten. Innerhalb der Wohnung fühlen wir uns sehr sicher.“

(m, 31 Jahre, Libanon)

„Ich lebe gern in [Großstadt]. Ich bin hier quasi aufgewachsen.“

(m, 24 Jahre, Libyen)

„Nach unserer langen und abenteuerlichen Flucht sind wir hier nun endlich angekommen.“

(m, 31 Jahre, Türkei)

„Nigeria ist die Hölle. Hier können wir ein gutes Leben führen.“

(m, 31 Jahre, Nigeria)

„[Kleinstadt] ist eine schöne Stadt. Wir fühlen uns hier sehr wohl. Wir können uns vorstellen, hier zu bleiben, wenn wir hier eine Arbeit finden.“

(m, 44 Jahre, Venezuela)

Die Befragten, die in einer Privatwohnung leben, berichten häufiger von Diskriminierungserfahrungen als die Befragten in zentraler Unterbringung. Das lässt sich vor allem darauf zurückführen, dass diese Zielgruppe viel mehr Kontaktpunkte zu der einheimischen Bevölkerung hat. Vor allem Personen mit offensichtlichen Merkmalen, die auf ein anderes Herkunftsland hinweisen (Hautfarbe, Kopftuch), berichten über Erfahrungen mit Ausländerfeindlichkeit in verschiedenen Kontexten – im Wohnhaus (siehe oben), am Arbeitsplatz (siehe Kapitel 7.2.8) aber auch im Alltagsleben bzw. der Öffentlichkeit. Vielfach ignorieren die Betroffenen die Vorfälle, teilweise führt die erfahrene Diskriminierung aber auch zu Wut und / oder Resignation.

„Wir haben bisher keine negativen Erfahrungen mit der deutschen Bevölkerung gemacht.“

(w, 41 Jahre, Venezuela)

„Ich wurde nur einmal am Bahnhof von einer Person gefragt, was ich hier in Deutschland will. Ansonsten habe ich noch keine Ausländerfeindlichkeit erlebt.“

(m, 24 Jahre, Libyen)

„Meine Frau trägt Kopftuch. Wir wurden auch schon angespuckt.“

(m, 28 Jahre, Somalia)

„Ich komme oft nicht in Diskos rein. Wenn die Türsteher meinen Ausweis sehen, lachen sie nur.“

(m, 26 Jahre, Gambia)

„Die Fahrschule in [Kleinstadt] hat mich als Ausländer nicht aufgenommen. [...] Darüber hinaus haben wir schon viel Alltagsrassismus erfahren. Ich bin aber nicht hier hergekommen, um mich beleidigen zu lassen.“

(m, 44 Jahre, Libyen)

7.3 FAZIT – DEZENTRALE UNTERBRINGUNG

Die Geflüchteten, die in einer Privatwohnung leben, zeigen sich im Allgemeinen zufrieden mit ihrer Wohnsituation. Im Vergleich zu der Unterbringung in einer Gemeinschaftsunterkunft wird die aktuelle Wohnsituation als deutlicher Fortschritt interpretiert. Besonders geschätzt werden die erlangte Privatsphäre und Sicherheit sowie die Möglichkeit, ein weitgehend selbstbestimmtes Leben zu führen. Bei der Ausstattung und Lage der Wohnungen lassen sich zum Teil durchaus große Unterschiede feststellen, welche die individuelle Bewertung der Unterbringungssituation beeinflussen. Größter Kritikpunkt der dezentral Untergebrachten ist, dass die Wohnung nicht nach eigenen Kriterien und Präferenzen ausgewählt werden konnte. Insbesondere alleinstehende Personen, die einer Wohngemeinschaft zugewiesen wurden, und kinderreiche Familien, die in der Regel in 2- bis 3-Raum-Woh-

nungen leben, nehmen die Zuweisungspraktik als mehr oder weniger starke Einschränkung wahr. Neben der Wohnungsgröße und Zimmeranzahl wird teilweise auch der Wohnort kritisiert. Vor allem Personen, die in Kleinstädten in eher peripherer Lage wohnen, haben durchaus Probleme in der Organisation ihres Alltagslebens. In Bezug auf den widersprüchlichen Forschungsstand zu den Sozialkontakten von dezentral Untergebrachten weisen die Ergebnisse der Befragung darauf hin, dass der Aufbau von Kontakten zur einheimischen Bevölkerung außerhalb der Arbeitsstelle häufig nur bei hohem Engagement und besonderer Aufgeschlossenheit seitens der Geflüchteten gelingt. Gerade in Nachbarschaften mit großer Skepsis gegenüber Personen mit Migrationshintergrund fällt es aus Sicht der dezentral Untergebrachten schwer, nähere Kontakte zu knüpfen – eine wesentliche Rolle spielen hierbei auch die vorhandenen Sprachkenntnisse.

8 Methodenkritik

Die vorgestellte Bewohnerbefragung hat wertvolle Ergebnisse generiert. Sie ermöglicht detaillierte Einblicke in das Alltagsleben und die Unterbringungssituation von Geflüchteten in Sachsen. Mit insgesamt 35 Interviews konnten die Gebietskörperschaften von Sachsen komplett abgedeckt und eine heterogene Stichprobe an Flüchtlingen befragt werden. Somit wurde eine weite Bandbreite an Erfahrungen erfasst. Vor allem bei Personen, die in Privatwohnungen leben, hat sich beim Erkenntnisgewinn ein Sättigungseffekt gezeigt, der darauf hinweist, dass die Studie die Gesamtsituation gut widerspiegelt.

Insgesamt liefert das qualitative Studiendesign jedoch keine repräsentativen Ergebnisse. Die Studie deckt nur einen kleinen Teil der aktuellen Zahl an Gemeinschaftsunterkünften in Sachsen ab (14 von 92). Somit ist kein vollständiges Bild der Unterbringungssituation möglich. Zudem ist von einer zweifachen Verzerrung der Ergebnisse durch die Rekrutierung auszugehen. Um Interviewpartner zu gewinnen, war auf erster Ebene die Unterstützung von Ansprechpartnern der Flüchtlingssozialarbeit notwendig. Sie wurden gebeten, Klienten die Studie vorzustellen und sie zu fragen, ob sie Interesse an der Teilnahme an einem Interview haben. Dieses Vorgehen impliziert einen zusätzlichen Zeit- und Arbeitsaufwand zu der alltäglichen Betreuungsbearbeitung. Es ist daher davon auszugehen, dass vor allem die Flüchtlingssozialarbeiter die Studie unterstützt haben, die von der Zielsetzung überzeugt sind und im Sinne der Flüchtlinge agieren. Auf der zweiten Ebene ist

davon auszugehen, dass die Ansprechpartner der Flüchtlingssozialarbeit, welche Kontakte zu Interviewpartnern vermittelt haben, insbesondere die Personen ausgewählt haben, zu denen sie in einem guten bzw. intensiven Kontakt standen und die nach selbst gewählten Kriterien für die Studie geeignet erschienen. Vor diesem Hintergrund gibt die vorgestellte Studie vermutlich ein positiv verzerrtes Bild der tatsächlichen Situation der kommunalen Unterbringung von Geflüchteten in Sachsen wieder.

9 Interpretation der Ergebnisse und Handlungsempfehlungen

Die qualitative Befragung von Geflüchteten in gemeinschaftlicher und dezentraler Unterbringung hat gezeigt, dass es große Unterschiede bei der Bewertung der Unterbringungssituation gibt und insbesondere das Leben in einer Gemeinschaftsunterkunft differenziert betrachtet werden muss.

Personen, die in Privatwohnungen leben, sind im Allgemeinen deutlich zufriedener und äußern weniger Kritikpunkte als Personen, die in einer Gemeinschaftsunterkunft untergebracht sind. Gemeinschaftsunterkünfte können eine vorübergehende Lösung darstellen, sind allerdings für eine dauerhafte Unterbringung ungeeignet (SAB, 2011, S. 118; SAB, 2014, S. 144). Vor diesem Hintergrund sollte eine dezentrale Unterbringung das vorrangige Ziel kommunaler Flüchtlingspolitik sein. Die Unterbringung in Privatwohnungen ist der Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften generell vorzuziehen. Diese Prämisse sollte in kommunalen Unterbringungskonzepten verankert werden.

Aus Perspektive der Geflüchteten ist es zudem wichtig die Voraussetzungen für den Übergang in eine dezentrale Unterbringung sowie die Kriterien bei der Zuweisung der Wohnungen transparent zu gestalten. Viele Entscheidungen bleiben derzeit unklar, was teilweise auch für Frustration sorgt.

Wenn sich eine Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften nicht vermeiden lässt, ist eine Unterbringung in kleinen Einrichtungen für bis zu 80 Bewohner anzustreben. Kleine Einrichtungen haben oft bessere Unterbringungsbedingungen hinsichtlich der Außenanlagen und Gemeinschaftsräume und ermöglichen eine gute Vernetzung der Bewohner untereinander. Die Idealform der gemeinschaftlichen Unterbringung sind zudem abgeschlossene Wohneinheiten (siehe auch SAB, 2014, S. 144; Patzelt & Meißelbach, 2019, S.56). Sie ermöglichen Privatsphäre und verringern in hohem Maße das Konfliktpotenzial, das aus der Nutzung von Gemeinschaftslagen resultiert. In den beleuchteten Fällen ist es bereits in Teilen gut gelungen Familien sowie Frauen mit Kindern zu zufriedenstellenden Bedingungen unterzubringen. Aber auch alleinstehende Männer dürfen als Zielgruppe nicht vernachlässigt werden.

Aufgrund der enormen Qualitätsunterschiede, die sich unter anderem auch auf das Engagement der Heimleitung zurückführen lassen, ist eine detaillierte, regelmäßige externe Qualitätskontrolle der Gemeinschaftsunterkünfte nach dem Vorbild der früheren „Heim-TÜV“-Studien dringend zu empfehlen. Infolge der Begehung der Gemeinschaftsunterkünfte konnte bereits ein erheblicher Anteil der Mängel abgebaut werden (SAB, 2014, S.10).

Im Kontext der bestehenden Qualitätsunterschiede ist auch die Betreiberstruktur von Gemeinschaftsunterkünften in den Blickpunkt zu nehmen. Möglicherweise hängt die Unterbringungsqualität der zentral Untergebrachten davon ab, ob die Einrichtungen kommunal, privat oder von gemeinnützigen Akteuren betrieben werden. Bei privaten Betreibern von Gemeinschaftsunterkünften wird kritisiert, dass zumeist keine Kontrolle ausgeübt werden kann und Leistungsbeschreibungen sowie Vertragsverhältnisse in den meisten Fällen intransparent sind (Wendel, 2014, S. 7). Vor diesem Hintergrund erscheint es sinnvoll, nicht nur bauliche sondern auch betreuungs-technische Faktoren als Teil der Leistungsbeschreibung aufzunehmen (Hess & Elle, 2017, S. 13). Es lassen sich mehrere Argumente anführen, „die gegen eine fortschreitende Privatisierung und Ökonomisierung der Flüchtlingsunterbringung sprechen“ (Aumüller, Daphie & Biesenkamp, 2015, S. 47). Beispielsweise werden Baugrundstücke teilweise sehr extensiv von privaten Betreibern genutzt, was zu starken Verdichtungen und einer verstärkten Lagersituation führen kann. Zudem haben Kommunen keinen Einfluss auf die Auswahl und Qualifikation des Personals. Teilweise zeigt sich hier eine Diskrepanz zwischen dem Geschäftsinteresse des Betreibers und dem professionellen Verständnis des Personals. Dennoch „lässt sich nicht behaupten, dass private Betreiber grundsätzlich schlecht sind, dagegen gemeinnützige und öffentliche Betreiber in jedem Fall die bessere Alternative darstellen“ (Aumüller, Daphie & Biesenkamp, 2015, S. 47). Zu diesem Schluss kommt auch der Deutsche Landkreistag (2016, S.108). Um den qualitativen Standard von nicht-staatlich betriebenen Unterkünften zu gewährleisten, sehen Aumüller und Kollegen (2015) die Kommunen in der Pflicht sich bei der Vergabe nicht auf ein Preisdumping einzulassen und konsequent die Einhaltung der Qualitätsstandards einzufordern (S. 69). Hier gilt der Main-Kinzig-Kreis als Best-Practice-Beispiel. Um Schwierigkeiten vorzubeugen, bevorzugt der Landkreis bei der Vergabe Betreiber, die selbst in der Kommune

leben oder dort ihren Firmensitz haben. In diesem Fall ist von einer seriösen Betreiberleistung auszugehen, da diese Betreiber auf ihren Ruf bedacht sein sollten (Aumüller, Daphie & Biesenkamp, 2015, S. 48, Deutscher Landkreistag, 2016, S. 109). Da in der vorgestellten Studie die Mehrheit der Befragten über Ansprechpartner von Wohlfahrtsorganisationen rekrutiert wurde, liegt die Vermutung nahe, dass die Flüchtlingssozialarbeit in Verantwortung von Wohlfahrtsorganisationen eine besonders hohe Qualität aufweist. Bei kommunalen Betreibern ist wesentlich, ob eine integrationsfördernde Perspektive vorliegt.

Insgesamt gilt es die Mindeststandards von Gemeinschaftsunterkünften auf den Prüfstand zu nehmen. Für eine Anpassung der sächsischen Vorschrift zu den Mindestempfehlungen können die vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend aufgestellten Mindeststandards zum Schutz von geflüchteten Menschen in Flüchtlingsunterkünften (2021) herangezogen werden. Es gilt folgende Aspekte aufzunehmen bzw. anzupassen (u.a. nach Hess & Elle, 2017, S. 10 u. S. 30ff.):

- Lage der Einrichtung und konkrete Vorgaben zur Anbindung: Der ÖPNV sollte innerhalb weniger Minuten erreichbar sein und auch zentrale Tageszeiten mit ausreichender Frequenz abdecken, um sicherzustellen, dass die Geflüchteten zu Kita, Schule, Sprachkurs und Arbeitsstelle sowie medizinischer Versorgung und Behörden gelangen. Die aktuelle Sollvorgabe der Anbindung an größere Ortschaften durch das öffentliche Verkehrsnetz ist zu ungenau.
- Internetanbindung: Asylsuchende haben einen großen Kommunikations- und Informationsbedarf. Das Internet ist in diesem Zusammenhang ein zentrales Mittel der Selbstbestimmung. Daher sollte in allen Einrichtungen eine funktionierende Internetverbindung zur Verfügung stehen – ein Kriterium, das in den derzeitigen Mindeststandards nicht thematisiert wird.
- Vorgaben zur Größe der Einrichtung: Die Unterbringung sollte in möglichst kleinen Gemeinschaftsunterkünften mit maximal 80 Bewohnern stattfinden (siehe oben).
- Unterbringungsform: Die Unterbringung in abgeschlossenen Apartments mit eigenen funktionstüchtigen und sauber übergebenen sanitären Anlagen und Küchen sowie einer Mobiliargrundausstattung (siehe auch: Patzelt & Meißelbach, 2019, S.9) ist dringend anzustreben (siehe oben).
- Mindestquadratmeterfläche: Anhebung der Mindestquadratmeterfläche auf 9 m² pro Person (Flüchtlingsrat NRW, 2022, S. 66f.).
- Ausstattung: Die Mindeststandards sollten neben den Vorgaben zur Mindestausstattung auch Vorgaben zum Maximalalter des Mobiliars enthalten. Räume für die Kinderbetreuung, Freizeit- und Gemeinschaftsräume sowie Außenanlagen mit ausreichenden Sitzgelegenheiten und Möglichkeiten der Freizeitgestaltung gehören als Element der Ausstattung verbindlich festgehalten.
- Zudem fehlen in den aktuellen Mindeststandards Regelungen zum Schutz besonders vulnerabler Gruppen.
- Auszugsmanagement: Hier gilt es die Perspektive Wohnungsunterbringung verbindlich zu verankern sowie konkrete Unterstützungsleistungen festzulegen.
- Sozialbetreuung: In den derzeitigen Mindeststandards fehlen konkrete Vorgaben zu einer angemessenen Sozialbetreuung und einem angemessenen Betreuungsschlüssel.
- Auch spezifische Regelungen zu Containern oder anderen Schnellunterkünften sind zu ergänzen, da diese Formen der Unterbringung häufig mit hohen Auslastungsgrenzen verbunden sind und die Probleme des Zusammenlebens auf beengtem Raum verstärken.

Grundsätzlich gilt es die Mindeststandards von Gemeinschaftsunterkünften verbindlich zu verankern und eine angemessene Finanzierung für die Umsetzung der Standards bereitzustellen (SAB, 2014, S. 143). Darüber hinaus braucht es konkrete Regelungen zur Kontrolle der Einhaltung der Mindeststandards durch eine unabhängige Institution.

In Orientierung an die Mindeststandards von Gemeinschaftsunterkünften gilt es auch Regelungen zu zentralen Kriterien der Unterbringungsqualität in Privatwohnungen (z. B. Lage, Ausstattung, Sozialbetreuung) zu verankern. Zur Verbesserung der Möglichkeiten zum Aufbau von Kontakten zu deutschsprachigen Personen sollten mehr Begegnungsorte zwischen Flüchtlingen und Deutschen geschaffen werden. Hier gilt es bereits bestehende deutschsprachige Kontakte miteinzubinden (siehe auch Leßke, Singfried & Blasius, 2019, S. 43; Forschungsbereich SVR & Robert Bosch Stiftung, 2017, S. 75). Freizeitangebote sollten aktiv beworben werden, damit sie von den Geflüchteten auch angenommen werden. In diesem Zusammenhang spielt auch die Sozialbetreuung eine wesentliche Rolle.

Die Befragung hat gezeigt, dass in Einzelfällen starke Abweichungen von den Mindestanforderungen an eine humanitäre und menschenwürdige Unterbringung auftreten. Um problematische Fälle der gemeinschaftlichen sowie dezentralen Unterbringung aus Sicht der Geflüchteten schneller überprüfen zu können, ist die Einrichtung eines Beschwerdemanagements durch eine unabhängige Ombudsstelle zu empfehlen (siehe auch Wendel, 2014, S. 54; Flüchtlingsrat NRW, 2022, S. 67).

Über konkrete Mindeststandards hinaus gilt es die Unterbringungsqualität auch aus dem Blickwinkel der gelingenden Integration zu verstehen. In diesem Zusammenhang ist es wesentlich, ob Merkmale und Bedarfe der Flüchtlinge mit den Bedingungen vor Ort zusammenpassen (Forschungsbereich SVR & Robert Bosch Stiftung, 2017, S. 47). Gilt es einen Arbeitsplatz bzw. eine Berufsausbildung zu finden, liegen Studienabsichten oder besondere Anforderungen an die Gesundheitsversorgung vor? Die Zuweisung zu kleineren Gemeinden und Kommunen oder größeren (kreisfreien) Städten sollte idealerweise vor dem Hintergrund einer solchen Bedarfsanalyse stattfinden. Die Passung der Bedingungen vor Ort zu den individuellen Bedarfen sowie die anfänglichen Erfahrungen haben einen wesentlichen Einfluss auf die Wahrnehmung des Wohnorts und grundsätzliche Bleibebereitschaft (Forschungsbereich SVR & Robert Bosch Stiftung, 2017, S. 48). Obwohl sich einige Befragte am Wohnort bereits wohl fühlen und eine Bleibeabsicht äußern, zeigt die Befragung in diesem Punkt durchaus noch Verbesserungsbedarf.

Die größte Sorge der Flüchtlinge gilt in der Regel nicht der Qualität der Unterbringung, sondern dem Status und der Bleibeperspektive. Die lange Wartezeit auf den Entscheid des Asylantrags und die Unsicherheit in Bezug auf die eigene Zukunft bedingen eine hohe psychische Belastung, die ein mentales Ankommen in Deutschland verhindert. Alle Befragten verbindet der Wunsch, in Deutschland ein sicheres und selbstbestimmtes Leben zu führen sowie einer Erwerbstätigkeit nachgehen zu können und damit finanzielle Unabhängigkeit zu erreichen. Die Geflüchteten suchen in erster Linie nach Schutz, Sicherheit und Stabilität und sind dankbar für die erhaltene Unterstützung.

Die Bewertung der Unterbringung steht immer im Kontext mit sozialer Integration und Eingliederung in den Arbeitsmarkt. Ein wichtiger Aspekt ist in diesem Zusammenhang der Spracherwerb. Insgesamt zeigt sich, dass der Zugang zum Spracherwerb vielfach vom eigenen Engagement der Flüchtlinge sowie ihrer Fähigkeit der Selbstorganisation oder vom Engagement der Sozialbetreuung abhängt. Der Aufbau von Sprachkenntnissen dauert in vielen Fällen

zu lang und nur wenige schaffen mit geringen Deutschkenntnissen den Einstieg ins Arbeitsleben. Gerade Frauen mit Kindern haben Zugangsschwierigkeiten zu Sprachkursen. Hier braucht es mehr niedrigschwellige Angebote in Gemeinschaftsunterkünften, die einen direkten Erstkontakt mit der gesprochenen Sprache – ohne lange Anfahrtswege – ermöglichen.

Die Integration in den Arbeitsmarkt hat bei den Befragten teilweise schon stattgefunden, zum Teil allerdings nur mit hoher Eigeninitiative der Geflüchteten. Erwerbstätigkeit ist jedoch zentral im Hinblick auf psychisches Wohlbefinden und Integration: Sie gibt Struktur und Sinnhaftigkeit im Alltagsleben, erlaubt finanzielle Eigenständigkeit und ermöglicht einen Zugang zu gesprochener Sprache und Sozialkontakten. Insgesamt besteht eine Vielzahl an Hürden, die den Zugang zum Arbeitsleben erschweren. Dazu zählen der Zugang und die Verfügbarkeit von Sprachkursen, die restriktive Vergabe von Arbeitserlaubnissen, lange Bearbeitungszeiten von Anträgen sowie eine schlechte Ausgangslage im ländlichen Raum.

Zudem bestehen zum Teil sehr unterschiedliche Ausgangsbedingungen für unterschiedliche Herkunftsländer. Die Unterscheidung nach der Bleibeperspektive im Asylverfahren und auch bei Maßnahmen zur Förderung von Teilhabe führt zu Frustration und Resignation. Der Aufenthaltsstatus darf keine Zugangsbeschränkung für Integration und Partizipation darstellen. Es ist von einem langfristigen Aufenthalt der Geflüchteten in Deutschland auszugehen – unabhängig von den Möglichkeiten einen Aufenthaltstitel zu erlangen. Die Bewohnerbefragung bestätigt den Befund der Studie von Söhn et al. (2017), dass viele Geduldete faktisch lange Zeit in Deutschland leben (S. 23). Das teilweise klar geäußerte Gefühl der Ungleichbehandlung hat einen wesentlichen Einfluss auf die Motivation zur Integration. Es führt zudem teilweise zu einer Konkurrenzsituation und sorgt für Spannungen zwischen Geflüchteten aus Ländern mit unterschiedlicher Bleibeperspektive. Vor diesem Hintergrund gilt es in allen Kommunen eine integrationsfördernde Perspektive zu verankern und an den Aufenthaltstatus gebundene Einschränkungen abzubauen. Eine gute Orientierung gibt in diesem Fall das Beispiel des Landkreises Schwäbisch-Hall, der Mittel für Sprach- und Berufsförderkurse auch für Flüchtlinge ohne gesicherten Status akquirierte (Aumüller, 2009, S.119 nach Söhn et al., 2017, S. 24).

Insgesamt gilt es zudem die strukturellen Rahmenbedingungen für den Einstieg in die Erwerbsarbeit für Geflüchtete zu verbessern und zwar durch einen schnellen Zugang zu Sprachkursen für alle Flüchtlinge – unabhängig von Herkunftsland oder Bleibeperspektive, einen Abbau

an Bürokratie, die Überarbeitung der Anforderungen an den Erhalt einer Arbeitserlaubnis, eine aktive Unterstützung bei der Arbeitssuche seitens der Flüchtlingssozialarbeiter und einer Öffnung von Ausbildungsplätzen mit starkem Fachkräftemangel (z. B. Gastronomie und Pflege) für Asylsuchende. Die Aussagen der Befragten zeigen, dass übergreifend der Wunsch nach einer Erwerbstätigkeit besteht, aufgrund zahlreicher Hürden allerdings in vielen Fällen nicht zeitnah umgesetzt werden kann. Hier besteht ein enormes Potenzial für den deutschen Arbeitsmarkt, das aktuell nicht ausgeschöpft wird.

10 Literaturverzeichnis

Alicke, T., Seddig, N. & Warkentin, S. (2017). *Chancen und Herausforderungen kommunaler Integration in der Arbeit mit jungen Geflüchteten: Handlungsansätze für die Fachpraxis*. Abschlussbericht des Projektes „Young Refugees NRW“. Online verfügbar unter: https://www.iss-ffm.de/fileadmin/assets/veroeffentlichungen/downloads/Abschlussbericht_des_Projektes_Young_Refugees_NRW.pdf [17.02.2023].

Aumüller, J. (2009). Die kommunale Integration von Flüchtlingen. In F. Gesemann & R. Roth (Hrsg.). *Lokale Integrationspolitik in der Einwanderungsgesellschaft* (S. 111-130). Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Aumüller, J. & Bretl, C. (2008). *Die kommunale Integration von Flüchtlingen*. Online verfügbar unter: https://www.desi-sozialforschung-berlin.de/wp-content/uploads/Kommunale_Integration_von_Fluechtlingen.pdf [31.03.2023].

Aumüller, J., Daphi, P. & Biesenkamp, C. (2015). *Die Aufnahme von Flüchtlingen in den Bundesländern und Kommunen. Behördliche Praxis und zivilgesellschaftliches Engagement*. Expertise gefördert und herausgegeben von der Robert Bosch Stiftung. Online verfügbar unter: https://www.bosch-stiftung.de/sites/default/files/publications/pdf_import/Studie_Aufnahme_Fluechtlinge_2015.pdf [28.03.2023].

Baier, A. & Siegert, M. (2018). *Die Wohnsituation Geflüchteter*. BAMF-Kurzanalyse, Ausgabe 02/2018. Online verfügbar unter: https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Forschung/Kurzanalysen/kurzanalyse11_iab-bamf-soep-befragung-gefluechtete-wohnsituation.pdf?__blob=publicationFile%26v%3D11 [27.03.2023].

Baraulina, T. & Bitterwolf, M. (2016). *Resettlement: Aufnahme- und Integrationserfahrungen von besonders schutzbedürftigen Flüchtlingen*. Online verfügbar unter: https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Forschung/WorkingPapers/wp70-resettlement-aufnahme-integrationserfahrungen.pdf;jsessionid=0C249279C705A7A787AE2BC4CEBoB5B9.intranet232?__blob=publicationFile&v=12 [31.03.2023].

BBSR (Bundesinstitut für Bau-, Raum- und Stadtforschung) (2017). *Integration von Flüchtlingen in den regulären Wohnungsmarkt*. Online verfügbar unter: https://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/veroeffentlichungen/bbsr-online/2017/bbsr-online-21-2017-dl.pdf;jsessionid=4AF0C615FB1D53BA25A14AE3D70DDA23.live21303?__blob=publicationFile&v=1 [04.04.2023].

Behrens, B. & Groß, V. (2004). *Auf dem Weg in ein „normales Leben“? Eine Analyse der gesundheitlichen Situation von Asylsuchenden in der Region Osnabrück*. Online verfügbar unter: https://ams-forschungsnetzwerk.at/download/pub/Equal_gesundheitliche_situation_asylsuchende_osnabrueck.pdf [16.02.2023].

BMFSFJ (Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend) (2021). *Mindeststandards zum Schutz von geflüchteten Menschen in Flüchtlingsunterkünften*. Online verfügbar unter: <https://www.bmfsfj.de/resource/blob/117472/7b4cb6a1c8395449cc26a51f407436d8/mindeststandards-zum-schutz-von-gefluechteten-menschen-in-fluechtlingsunterkuenften-data.pdf> [28.03.2023].

Bohn, I., Landes, B., Seddig, N. & Warkentin, S. (2017). „Ich brauche hier nur einen Weg, den ich finden kann.“ *Ankommen und Einleben in NRW aus Sicht geflüchteter Kinder und Jugendlicher*. Zwischenbericht des Projektes „Young Refugees NRW“. Online verfügbar unter: https://www.iss-ffm.de/fileadmin/assets/veroeffentlichungen/downloads/641_yr-zwischenbericht_web_neuesimpressum_einzeln.pdf [17.02.2023].

Braun S.T. & Dwenger, N. (2020). Settlement location shapes the integration of forced migrants: Evidence from post-war Germany. In: *Explorations in Economic History*, 77. <https://doi.org/10.1016/j.eeh.2020.101330>

Brücker, H., Kuhnert, A., Mangold, U., Kalusche, B., Siegert, M. & Schupp, J. (2016). *Geflüchtete Menschen in Deutschland – eine qualitative Befragung*. IAB-Forschungsbericht 9/2016. Online verfügbar unter: <https://doku.iab.de/forschungsbericht/2016/fb0916.pdf> [11.04.2023].

- Brücker, H., Rother, N. & Schupp, J. (2016). *IAB-BAMF-SOEP Befragung von Geflüchteten: Überblick und erste Ergebnisse*. Online verfügbar unter: https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Forschung/Forschungsberichte/fb29-iab-bamf-soep-befragung-gefluechtete.pdf;jsessionid=09FDF11483D124AC1CoB542235BC5B65.intranet232?__blob=publicationFile&v=15 [13.04.2023].
- Christ, S., Meininghaus, E. & Röing, T. (2017). „All day waiting“: Konflikte in Unterkünften für Geflüchtete in NRW. BICC Working Paper 2017. Bonn: Bonn International Center for Conversation. Online verfügbar unter: https://www.bicc.de/uploads/tx_bicctools/BICC_WP_3_2017_web_01.pdf [11.04.2023].
- Deger, P., Gonser, M., Kolb, M., Kück, S., Lange, M., Mildenerberger, G., Pfeiffer, F., Sommerfeld, K. & West, C. (2017). *Integrationspotenziale: Ausgewählte Ergebnisse der Reallabor-Befragungen unter Geflüchteten*. Online verfügbar unter: https://ftp.zew.de/pub/zew-docs/gutachten/Integrationspotenziale_ReallaborBefragung2017.pdf [17.02.2023].
- Deutscher Landkreistag (2016). *Integration von Flüchtlingen in ländlichen Räumen. Strategische Leitlinien und Best Practices*. Online verfügbar unter: [http://www.landkreistag.de/images/stories/themen/Fluechtlinge/161130%20\(DLT\)%20Integration%20von%20Fl%C3%BChtlingen%20in%20l%C3%A4ndlichen%20R%C3%A4umen.pdf](http://www.landkreistag.de/images/stories/themen/Fluechtlinge/161130%20(DLT)%20Integration%20von%20Fl%C3%BChtlingen%20in%20l%C3%A4ndlichen%20R%C3%A4umen.pdf) [04.04.2023].
- Esser, H. (2001). *Integration und ethnische Schichtung*. Zusammenfassung einer Studie für das „Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung“. Online verfügbar unter: <https://www.mzes.uni-mannheim.de/publications/wp/wp-40.pdf> [27.03.2023].
- FaZiT (Fachberatungsdienst Zuwanderung, Integration und Toleranz im Land Brandenburg) (2016). *Gewalt in den Gemeinschaftsunterkünften für Asylsuchende im Land Brandenburg. Situationsanalyse*. Online verfügbar unter: <https://www.menschen-in-dresden.de/wp-content/uploads/2016/01/Situationsanalyse-Gewalt-in-Gemeinschaftsunterk%C3%BCnften-f%C3%BCr-Asylsuchende-im-Land-Brandenburg.pdf> [31.03.2023].
- Flick, U. (2002). *Qualitative Sozialforschung. Eine Einführung*. 6. Aufl. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Flüchtlingsrat NRW e.V. (2022). *Flüchtlingsunterkünfte in NRW. Ergebnisse der Fragebogenerhebung des Flüchtlingsrats 2021*. Online verfügbar unter: https://www.fnrw.de/fileadmin/fnrw/media/downloads/In_eigener_Sache/Broschuere_Fluechtlingsunterkuenfte_in_NRW_202203.pdf [16.02.2023].
- Forschungsbereich SVR (Sachverständigenrat für Integration und Migration) & Robert Bosch Stiftung (2017). *Wie gelingt Integration? Asylsuchende über ihre Lebenslagen und Teilhabeperspektiven in Deutschland*. Online verfügbar unter: https://www.svr-migration.de/wp-content/uploads/2023/01/SVR-FB_Wie_gelingt_Integration-8.pdf [17.02.2023].
- Goffman, E. (2016). *Asyle. Über die soziale Situation psychiatrischer Patienten und anderer Insassen*. 20. Aufl. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Hess, S. & Elle, J. (2017). *Leben jenseits von Mindeststandards. Dokumentation zur Situation in Gemeinschaftsunterkünften in Niedersachsen*. Online verfügbar unter: https://www.gender-flucht.uni-osnabrueck.de/fileadmin/MWK-Projekt/Publicationen/Jenseits_von_Mindeststandards_Final.pdf [17.02.2023].
- IAB (Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung), BiB (Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung), BAMF (Bundesamt für Migration und Flüchtlinge), SOEP (Sozio-ökonomisches Panel) (2022). *Geflüchtete aus der Ukraine in Deutschland. Flucht, Ankunft, Leben*. Online verfügbar unter: https://www.bib.bund.de/Publication/2022/pdf/Gefluechtete-aus-der-Ukraine-in-Deutschland-Flucht-Ankunft-und-Leben.pdf;jsessionid=BB8C45FE11B1CF7507647FD025A99000.intranet261?__blob=publicationFile&v=5 [17.02.2023].
- Institut für Demoskopie Allensbach (2016). *Situation und Strategien in den Kommunen. Zum Umgang mit der aktuellen Zuwanderung von Asylsuchenden*. Online verfügbar unter: https://www.bosch-stiftung.de/sites/default/files/publications/pdf_import/Situation_und_Strategien_in_den_Kommunen_zur_Zuwanderung.pdf [04.04.2023].
- Kruse, J. (2015). *Qualitative Interviewforschung. Ein integrativer Ansatz*. 2. Aufl. Weinheim und Basel: Beltz Juventa.

Leßke, F., Singfield, K.E. & Blasius, J. (2019). *Übergang von Geflüchteten in regulären Wohnraum*. FGW-Studie Integrierende Stadtentwicklung. Online verfügbar unter: https://www.fgw-nrw.de/fileadmin/user_upload/FGW-Studie-ISE-20-Lesske-2019_12_11-komplett-web.pdf [27.03.2023].

Müller, A. (2013). *Die Organisation der Aufnahme und Unterbringung von Asylbewerbern in Deutschland*. Fokus-Studie der deutschen Kontaktstelle für das Europäische Migrationsnetzwerk (EMN). Working Paper 55. Online verfügbar unter: https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/EMN/Studien/wp55-emn-organisation-und-aufnahme-asylbewerber.pdf;jsessionid=D33C83152A4A30E1B448F5C917296AB4.intranet261?__blob=publicationFile&v=20 [28.03.2023].

Patzelt, W. J. & Meißelbach, C. (2019). „Heim-TÜV“ 2019. Teil II: „Verwahrung“ oder „Ankommen“? Die Unterbringungssituation in Sachsens Gemeinschaftsunterkünften für Geflüchtete. Online verfügbar unter: https://sab.landtag.sachsen.de/download/SAB/SAB-HEIM_A4-TUEV2019_web-240619.pdf [18.04.2023].

SAB (Der Sächsische Ausländerbeauftragte) (2012). „Heim-TÜV“ 2011 über das Leben in sächsischen Gemeinschaftsunterkünften. Online verfügbar unter: https://sab.landtag.sachsen.de/download/SAB/TUEV09122011_interaktiv_NEU.pdf [18.04.2023].

SAB (Der Sächsische Ausländerbeauftragte) (2013). Statistik. In: SAB (Hrsg.) *Jahresbericht 2012* (S. 227-265).

SAB (Der Sächsische Ausländerbeauftragte) (2014). „Heim-TÜV“ 2013 über das Leben in sächsischen Gemeinschaftsunterkünften. Online verfügbar unter: <https://sab.landtag.sachsen.de/download/SAB/Heim-TUEV-Bericht-2013-onlinequalitaet.pdf> [18.04.2023].

SAB (Der Sächsische Ausländerbeauftragte) (2017). „Heim-TÜV“ 2017. Teil I: *Evaluation der dezentralen Unterbringung und der unteren Ausländerbehörden im Freistaat Sachsen*: https://sab.landtag.sachsen.de/download/SAB/SAB-HEIM_A4-TUEV-interaktiv-2017.pdf [18.04.2023].

Schammann, H. & Kühn, B. (2016). *Kommunale Flüchtlingspolitik in Deutschland*. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung. Online verfügbar unter: <http://library.fes.de/pdf-files/wiso/12763.pdf> [06.06.2023].

Scholz, J. (2016). Aufnahme und Unterbringung. In P. Bendel (Hrsg.) *Was Flüchtlinge brauchen – ein Win-Win-Projekt. Ergebnisse aus einer Befragung in Erlangen* (S.137-182). Erlangen: FAU University Press.

SMI (Sächsisches Staatsministerium des Innern) (2023a). *Aufnahme und Weiterverteilung Geflüchteter in Sachsen 2022 und Prognose 2023*. Kleine Anfrage der Abgeordneten Juliane Nagel (DIE LINKE), Drs.-Nr.: 7/12004, (Internes Dokument).

SMI (Sächsisches Staatsministerium des Innern) (2023b). *Unterbringungsstatistik Februar 2023*, (Internes Dokument).

SMI (Sächsisches Staatsministerium des Innern) (2015). *Verwaltungsvorschrift des Sächsischen Staatsministeriums des Innern über die Mindestempfehlungen zu Art, Größe und Ausstattung von Gemeinschaftsunterkünften (VwV Unterbringung)*, 24.04.2015, (Internes Dokument).

Söhn, J., Birke, P., Bluhm, F., Marquardsen, K., Prekodravac, M., Vogel, B. & Prahms, A. (2017). *Erfolgsfaktoren für die Integration von Flüchtlingen*. (Forschungsbericht / Bundesministerium für Arbeit und Soziales, FB484). Göttingen: Bundesministerium für Arbeit und Soziales; Soziologisches Forschungsinstitut an der Universität Göttingen e.V. (SOFI). Online verfügbar unter: https://www.ssoar.info/ssoar/bitstream/handle/document/52352/ssoar-2017-sohn_et_al-Erfolgsfaktoren_fur_die_Integration_von.pdf?sequence=1&isAllowed=y&lnkname=ssoar-2017-sohn_et_al-Erfolgsfaktoren_fur_die_Integration_von.pdf [13.04.2023].

Tanis, K. (2022). *Die Wohnhistorie Geflüchteter in Deutschland*. BAMF-Kurzanalyse 01/2022. Online verfügbar unter: https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Forschung/Kurzanalysen/kurzanalyse1-2022-iab-bamf-soep-befragung-wohnhistorie.pdf?__blob=publicationFile&v=7 [31.03.2023].

Wendel, K. (2014). *Unterbringung von Flüchtlingen in Deutschland. Regelungen und Praxis der Bundesländer im Vergleich*. Online verfügbar unter: https://www.proasyl.de/wp-content/uploads/2015/04/Laendervergleich_Unterbringung_2014-09-23_01.pdf [27.03.2023].

11 Anhang

11.1 Soziodemografika der Befragten

Tabelle 2: Herkunftsland

	Absolute Häufigkeit
Afghanistan	2
Albanien	1
Gambia	1
Georgien	2
Indien	2
Irak	4
Kamerun	1
Kasachstan	1
Libanon	1
Libyen	3
Marokko	1
Myanmar	1
Nigeria	1
Pakistan	1
Palästina (Gaza)	1
Russische Föderation	2
Serbien	1
Somalia	1
Syrien	2
Tunesien	1
Türkei	1
Ukraine	1
Venezuela	3
GESAMT	35

Basis: 35 Befragte, Partner und Partnerinnen in Paarinterviews wurden aufgrund fehlender individueller Unterschiede nicht extra ausgewiesen

Tabelle 3: Aufenthaltsstatus

	Absolute Häufigkeit
Asylverfahren/Aufenthaltsgestattung	7
Asyl anerkannt	7
Aufenthaltserlaubnis	3
Duldung	13
Asyl abgelehnt	1
Keine Angabe	4
GESAMT	35

Basis: 35 Befragte, Partner und Partnerinnen in Paarinterviews wurden aufgrund fehlender individueller Unterschiede nicht extra ausgewiesen

Tabelle 4: Deutschkenntnisse

	Absolute Häufigkeit
Sehr gute Deutschkenntnisse (mind. B2 Niveau)	9
Gute Deutschkenntnisse (B1 Niveau)	10
Grundlegende Deutschkenntnisse (A1-A2 Niveau)	8
Noch keine Deutschkenntnisse	10
Keine Angabe	6
GESAMT	43

Basis: 43 Befragte, Partner und Partnerinnen in Paarinterviews wurden aufgrund individueller Unterschiede extra ausgewiesen

Tabelle 5: Teilnahme an Sprachkursen

	Absolute Häufigkeit
Sprachkurs eingeschrieben/absolviert	30
Aktuelle Teilnahme/Platzzusage	12
Teilnahme abgeschlossen (mind. B1 Niveau)	9
Weitere Teilnahme geplant (aber kein Platz)	6
Keine weitere Teilnahme geplant	3
Keinen Sprachkurs absolviert	9
Autodidaktisch erworben	1
Vorkenntnisse	2
Teilnahme abgebrochen	1
Noch keinen Deutschkurs absolviert	5
Keine Angabe	4
GESAMT	43

Basis: 43 Befragte, Partner und Partnerinnen in Paarinterviews wurden aufgrund individueller Unterschiede extra ausgewiesen

Tabelle 6: Erwerbstätigkeit

	Absolute Häufigkeit
Ja (Mini-Jobs, Teilzeit, Vollzeit)	16
Nein	24
Keine Angabe	3
GESAMT	43

Basis: 43 Befragte, Partner und Partnerinnen in Paarinterviews wurden aufgrund individueller Unterschiede extra ausgewiesen

Interviewleitfaden – „HEIM-TÜV“ 2021 – Gemeinschaftsunterkunft

1. Formalia und Vorstellung

- Erklärung des Gesprächsablaufs: 1-2 stündiges Interview, Audioaufzeichnung, die anschließend anonym verschriftlicht wird, danach sind keine Rückschlüsse mehr auf Ihre Person möglich
- Thema des Interviews: **Erfahrungen und Bewertungen in Bezug auf vergangene und aktuelle Unterbringungssituation**, im Blickpunkt stehen dabei persönliche Erfahrungen und Erlebnisse, daher keine „falschen oder richtigen Antworten“
- Hintergrund: Studie des Sächsischen Ausländerbeauftragten zur Unterbringungssituation von Flüchtlingen in Sachsen, Ziel: eventuelle Probleme und Optimierungsbedarf aufdecken
- Vorstellung des Interviewers (und ggf. Dolmetschers), danach Vorstellung des Gesprächspartners
 - Alter, Familienstand, Anzahl und Alter Kinder, Herkunftsland, Status

2. Unterbringungsgeschichte und aktuelle Unterbringung

Ich möchte mit Ihnen heute gern über Ihre Unterbringung seit Ihrer Ankunft in Sachsen sprechen. Dabei würde mich zunächst Ihre persönliche Migrationsgeschichte interessieren.

- Seit wann sind Sie in Deutschland und mit wem sind Sie hierhergekommen (Familie, ...)?
- Wo wurden Sie in Sachsen als erstes untergebracht und wie lange haben Sie dort gelebt?
- Und wo waren Sie danach untergebracht und wie lange lebten Sie dort? (*sammeln, alle Unterkunftsarten und -orte sowie Aufenthaltsdauer bisher notieren*)

3. Aktuelle Unterbringung

Ich möchte mit Ihnen im Folgenden über Ihre aktuelle Unterbringung in einer Gemeinschaftsunterkunft sprechen.

Mich würde zunächst erst einmal ganz allgemein interessieren (*hier erstmal ungestützt zentrale Aspekte der Unterbringungssituation erfragen*):

- Was gefällt Ihnen an Ihrer aktuellen Unterbringung gut?
- Und was gefällt Ihnen an Ihrer aktuellen Unterbringung nicht so gut?

Nun möchte ich mit Ihnen über verschiedene Aspekte Ihrer Unterbringungssituation sprechen.

Ausstattung

- Wie groß ist das Zimmer / Appartement, in dem Sie wohnen?
- Haben Sie dieses Zimmer / Appartement für sich alleine oder teilen Sie es sich mit anderen?
- *Wenn Zimmer / Appartement mit anderen Personen:*
Mit wie vielen Personen teilen Sie sich ein Zimmer / Appartement? Was sind das für Personen?
- Haben Sie in Ihrem Zimmer / Appartement ein eigenes Bad oder ein Gemeinschaftsbad?
- *Wenn Gemeinschaftsbad:* Mit wie vielen Personen teilen Sie das Bad? Ist das Bad nach Geschlechtern getrennt? Ist das Bad abschließbar?
- Haben Sie eine eigene Küche oder eine Gemeinschaftsküche?
- *Wenn Gemeinschaftsküche:* Mit ca. wie vielen Personen teilen Sie die Küche?
- Wie ist Ihr Zimmer / Appartement ausgestattet (Bodenbelag, Fenster, Balkon, ...)?
- Gibt es Gemeinschaftsräume (z. B. Sportraum, Fernsehraum, ...)? Wie viele und für welchen Zweck? Nutzen Sie diese gelegentlich? *Wenn ja:* Wofür? *Wenn nein:* Warum nicht?
- Gibt es Außenanlagen, wie einen Garten oder Spielplatz oder ähnliches? Nutzen Sie diese gelegentlich?
- Haben Sie einen funktionierenden Internetzugang bzw. WLAN-Zugang?
- Wie können Sie Ihre Wäsche waschen? Wo trocknen Sie die Wäsche?

Objektzustand

- Was würden Sie sagen, in welchem baulichen Zustand ist das Gebäude? Denken Sie dabei sowohl an außen (Fassade, Wege, ...) als auch innen (Treppenhaus, Fenster, ...).
- Gibt es Ihrer Meinung nach akuten Renovierungsbedarf am Gebäude? Wobei?
- In welchem Zustand ist Ihr Zimmer / Appartement? Denken Sie dabei z. B. an die Böden, die Wände oder die sanitäre Ausstattung.
- Gibt es dort akuten Renovierungsbedarf? Wobei?

Hygiene

- Wie nehmen Sie persönlich die Sauberkeit der Unterkunft wahr? Denken Sie dabei z. B. an Toiletten, Duschen, Küchen und Gemeinschaftsräume.
- Gibt es Probleme mit Schimmelbefall (an Wänden / Decken) oder Schädlingen bzw. Ungeziefer?
- Gibt es Bereiche oder Zeiten, in denen etwas nicht Ihren Vorstellungen entspricht oder entsprochen hat?

Infrastruktur

- Wie würden Sie die Lage der Gemeinschaftsunterkunft beschreiben?
- Und wie würden Sie das Wohnumfeld beschreiben? (*reines Wohngebiet, Gewerbe-/Industriegebiet oder gemischt*)?
- Wie beurteilen Sie die Verkehrsanbindung der Unterkunft? Können Sie alle wichtigen Anlaufstellen für Ihre alltäglichen Belange (*Einkaufsmöglichkeiten, Arzt, Beratungsstelle, Behörden etc.*) gut erreichen?
- *Falls Kinder im entspr. Alter:* Gibt es in der Nähe Ihrer Unterkunft Kitas / Grundschulen / weiterf. Schulen? Wie können Sie diese erreichen? Wie lange dauert der Weg?
- *Falls Kinder im entspr. Alter:* Gibt es in der Nähe Ihrer Unterkunft Spielplätze? Wie erreichen Sie diese und wie lange dauert der Weg?

Betreuung

- Gibt es vor Ort Ansprechpartner für Sie, an die Sie sich mit Fragen wenden können? Welche und wie viele?
- Gibt es direkt vor Ort jemanden von der Sozialarbeit? Wie zufrieden sind Sie mit der Betreuung vor Ort durch die Ansprechpartner der Sozialarbeit?

Freizeit

- Bitte schildern Sie einmal, wie eine typische Woche von Ihnen aussieht – welche (festen) Termine gibt es da?
- Gibt es bestimmte Freizeitangebote in der Nähe, die Sie regelmäßig nutzen? Welche sind das?
- Haben Sie bereits Kurse, wie bspw. Integrationskurse oder Deutschkurse besucht oder besuchen Sie aktuell einen solchen Kurs?
Falls ja: Wie haben Sie den Zugang zu dem Kurs organisiert? Hat Ihnen die Unterkunft dabei geholfen?

Kontakte mit anderen Bewohnern

- *Wenn das Zimmer / Appartement mit anderen geteilt wird:* Was würden Sie sagen, wie gut funktioniert das Zusammenwohnen mit Ihren Zimmernachbarn? Gab es Probleme? Welche?
- Wie kommen Sie im Allgemeinen mit anderen Bewohnern der Unterkunft zurecht?
- Hatten Sie schon mal Probleme mit anderen Bewohnern? Wenn ja welche Art von Problemen?
- *Wenn es bereits Konflikte gab:* Wie und durch wen wurde/n diese/r Konflikt/e wieder gelöst? Gibt es vor Ort feste Ansprechpartner der Unterkunft für Konfliktfälle? Gibt es einen Beschwerdebriefkasten oder ähnliches?
- Haben Sie in der Unterkunft Freundschaften schließen können?
- Haben Sie bei anderen Bewohnern Unterstützung und Hilfe bekommen, wenn das nötig war?

Sicherheitsempfinden, subjektives Wohnbefinden

- Was würden Sie sagen, wie wohl fühlen Sie sich insgesamt in der Unterkunft? Woran liegt das?
- Können Sie in der Nacht ruhig schlafen?
- Fühlen Sie sich in der Unterkunft sicher? Falls nicht: Was fehlt Ihnen oder was müsste sich ändern, damit Sie sich sicherer fühlen könnten? (z. B. *Abschließbarkeit Zimmer bzw. Außentür Unterkunft, Verfügbarkeit Notruf, Präsenz Sicherheitspersonal*)

4. Vergleich mit vorheriger Unterbringung

- Können Sie mir kurz beschreiben, wie Sie vor Ihrer Ankunft in dieser Gemeinschaftsunterkunft untergebracht waren? (ggf. *zentrale Aspekte nochmals stützen*)
- Und wenn Sie nun Ihre aktuelle Unterbringung mit Ihrer vorherigen Unterbringung in ... vergleichen, welche Wohnsituation gefällt Ihnen besser? Warum?

5. Sondersituation Corona

Die vergangenen eineinhalb Jahre waren aufgrund der Corona-Pandemie anders als normal und haben ganz besondere Herausforderungen und Schwierigkeiten mit sich gebracht. Ich möchte kurz mit Ihnen darüber reden, wie Sie diese Zeit der teilweisen Isolation und Gesundheitsrisiken empfunden haben.

- Bitte schildern Sie zunächst einmal, wie sich die Wohnsituation in Ihrer aktuellen Unterkunft durch Corona verändert hat. Ggf. stützen:
 - *Wie sah Ihr Alltag in Zeiten des Corona-Lockdowns aus?*
 - *Was konnte alles nicht mehr genutzt oder gemacht werden?*
 - *Welche neuen Regeln wurden eingeführt?*
 - *Gab es vermehrt Konflikte?*
 - *Hat sich der Zusammenhalt vielleicht verbessert?*

6. Reflexion / Abschluss

- Wenn Sie Ihre Erfahrungen zur Unterbringung mit Verwandten oder Freunden aus anderen Unterkünften oder anderen Wohnsituationen vergleichen, meinen Sie das sind typische Erfahrungen, die Sie gesammelt haben? *Wenn ja: Warum? Wenn nein: Was ist bei Ihnen anders?*
- Gibt es aus Ihrer Sicht noch irgendwelche Punkte zum Thema, die wir noch nicht angesprochen haben, die Ihnen noch fehlen?
- Gibt es noch Anmerkungen, die Sie dem Ausländerbeauftragten in Sachsen mit auf den Weg geben wollen?

Vielen Dank, dass Sie an diesem Interview teilgenommen haben.

1. Formalia und Vorstellung

- Erklärung des Gesprächsablaufs: 1-2 stündiges Interview, Audioaufzeichnung, die anschließend anonym verschriftlicht wird, danach sind keine Rückschlüsse mehr auf Ihre Person möglich
- Thema des Interviews: **Erfahrungen und Bewertungen in Bezug auf vergangene und aktuelle Unterbringungssituation**, im Blickpunkt stehen dabei persönliche Erfahrungen und Erlebnisse, daher keine „falschen oder richtigen Antworten“
- Hintergrund: Studie des Sächsischen Ausländerbeauftragten zur Unterbringungssituation von Flüchtlingen in Sachsen, Ziel: eventuelle Probleme und Optimierungsbedarf aufdecken
- Vorstellung des Interviewers (und ggf. Dolmetschers), danach Vorstellung des Gesprächspartners
 - Alter, Familienstand, Anzahl und Alter Kinder, Herkunftsland, Status

2. Unterbringungsgeschichte und aktuelle Unterbringung

Ich möchte mit Ihnen heute gern über Ihre Unterbringung seit Ihrer Ankunft in Sachsen sprechen. Dabei würde mich zunächst Ihre persönliche Migrationsgeschichte interessieren.

- Seit wann sind Sie in Deutschland und mit wem sind Sie hierhergekommen (Familie, ...)?
- Wo wurden Sie in Sachsen als erstes untergebracht und wie lange haben Sie dort gelebt?
- Und wo waren Sie danach untergebracht und wie lange lebten Sie dort? (*sammeln, alle Unterkunftsarten und -orte sowie Aufenthaltsdauer bisher notieren*)

3. Aktuelle Unterbringung

Ich möchte mit Ihnen im Folgenden über Ihre aktuelle Unterbringung in einer Wohnung sprechen.

Mich würde zunächst erst einmal ganz allgemein interessieren (*hier erstmal ungestützt zentrale Aspekte der Unterbringungssituation erfragen*):

- Was gefällt Ihnen an Ihrer aktuellen Unterbringung gut?
- Und was gefällt Ihnen an Ihrer aktuellen Unterbringung nicht so gut?

Nun möchte ich mit Ihnen über verschiedene Aspekte Ihrer Unterbringungssituation sprechen.

Ausstattung

- Wie groß ist die Wohnung, in der Sie wohnen (Zimmeranzahl, Fläche o.ä.)?
- Mit wem wohnen Sie dort aktuell zusammen?
- Wie ist die Wohnung ausgestattet (Bodenbelag, Fenster, Balkon, Bad, ...)?
- Gibt es Außenanlagen, wie einen Garten oder eigenen Spielplatz oder ähnliches? Nutzen Sie diese gelegentlich?
- Haben Sie einen funktionierenden Internetzugang bzw. WLAN-Zugang?

Objektzustand

- Was würden Sie sagen, in welchem baulichen Zustand ist das Gebäude? Denken Sie dabei sowohl an außen (Fassade, Wege, ...) als auch innen (Treppenhaus, Fenster, ...).
- Gibt es Ihrer Meinung nach akuten Renovierungsbedarf am Gebäude? Wobei?
- In welchem Zustand ist Ihre Wohnung? Denken Sie dabei z. B. an die Böden, die Wände oder die sanitäre Ausstattung.
- Gibt es dort akuten Renovierungsbedarf? Wobei?

Hygiene

- Wie nehmen Sie persönlich den Zustand der Wohnung, des Hauses und der Außenbereiche wahr?
- Gibt es Probleme mit Schimmelbefall (an Wänden/Decken) oder Schädlingen bzw. Ungeziefer?
- Gibt es Bereiche oder Zeiten, in denen etwas nicht Ihren Vorstellungen entspricht oder entsprochen hat?

Infrastruktur

- Wie würden Sie die Lage Ihrer Wohnung beschreiben?
- Und wie würden Sie das Wohnumfeld beschreiben? (*reines Wohngebiet, Gewerbe-/Industriegebiet oder gemischt*)?
- Wie beurteilen Sie die Verkehrsanbindung der Unterkunft? Können Sie alle wichtigen Anlaufstellen für Ihre alltäglichen Belange (*Einkaufsmöglichkeiten, Arzt, Beratungsstelle, Behörden etc.*) gut erreichen?
- *Falls Kinder im entspr. Alter:* Gibt es in der Nähe Ihrer Wohnung Kitas/ Grundschulen/ weiterf. Schulen? Wie können Sie diese erreichen? Wie lange dauert der Weg?
- *Falls Kinder im entspr. Alter:* Gibt es in der Nähe Ihrer Wohnung Spielplätze? Wie erreichen Sie diese und wie lange dauert der Weg?

Betreuung

- Wie oft nehmen Sie in der Regel Beratungsangebote in Anspruch (zuhause oder bei einer Beratungsstelle)?
- *Falls vorher GU:* Wie schätzen Sie die Qualität der Beratung im Vergleich zu Ihrer Unterbringung in der Gemeinschaftsunterkunft ein?
- Wie zufrieden sind Sie mit der Betreuung vor Ort durch die Ansprechpartner der Sozialarbeit?
- Wie oft war bisher ein Ansprechpartner der Flüchtlingssozialarbeit bei Ihnen zuhause? War das Ihrem Bedarf angemessen?

Freizeit

- Bitte schildern Sie einmal, wie eine typische Woche von Ihnen aussieht – welche (festen) Termine gibt es da?
- Gibt es bestimmte Freizeitangebote in der Nähe, die Sie regelmäßig nutzen? Welche sind das?
- Haben Sie bereits Kurse, wie bspw. Integrationskurse oder Deutschkurse besucht oder besuchen Sie aktuell einen solchen Kurs?
- *Falls ja:* Wie haben Sie den Zugang zu dem Kurs organisiert? Hat Ihnen jemand geholfen?

Kontakte mit Nachbarn

- Was würden Sie sagen, wie gut funktioniert das Miteinander mit den Nachbarn in Ihrem Wohnhaus? Gab es Probleme? Welche?
- *Wenn es bereits Konflikte gab:* Wie und durch wen wurde/n diese/r Konflikt/e wieder gelöst?
- Haben Sie in Ihrer Nachbarschaft Freundschaften schließen können?
- Haben Sie bei Nachbarn Unterstützung und Hilfe bekommen, wenn das nötig war?

Sicherheitsempfinden, subjektives Wohnbefinden

- Was würden Sie sagen, wie wohl fühlen Sie sich insgesamt in Ihrer Wohnung? Woran liegt das?
- Können Sie in der Nacht ruhig schlafen?
- Fühlen Sie sich in Ihrer Wohnung sicher?
- *Falls nicht:* Was fehlt Ihnen oder was müsste sich ändern, damit Sie sich sicherer fühlen könnten?

4. Vergleich mit vorheriger Unterbringung

- Können Sie mir kurz beschreiben, wie Sie vor Ihrem Einzug in diese Wohnung untergebracht waren? (*ggf. zentrale Aspekte nochmals stützen*)
- Und wenn Sie nun Ihre aktuelle Unterbringung mit Ihrer vorherigen Unterbringung in ... vergleichen, welche Wohnsituation gefällt Ihnen besser? Warum?

5. Sondersituation Corona

Die vergangenen eineinhalb Jahre waren aufgrund der Corona-Pandemie anders als normal und haben ganz besondere Herausforderungen und Schwierigkeiten mit sich gebracht. Ich möchte kurz mit Ihnen darüber reden, wie Sie diese Zeit der teilweisen Isolation und Gesundheitsrisiken empfunden haben.

- Bitte schildern Sie zunächst einmal, wie sich die Wohnsituation durch Corona für Sie verändert hat. Ggf. stützen:
 - *Wie sah Ihr Alltag in Zeiten des Corona-Lockdowns aus?*
 - *Was konnte alles nicht mehr genutzt oder gemacht werden?*
 - *Welche neuen Regeln wurden eingeführt?*
 - *Gab es vermehrt Konflikte?*
 - *Hat sich der Zusammenhalt vielleicht verbessert?*

6. Reflexion/Abschluss

- Wenn Sie Ihre Erfahrungen zur Unterbringung mit Verwandten oder Freunden aus anderen Unterkünften oder anderen Wohnsituationen vergleichen, meinen Sie das sind typische Erfahrungen, die Sie gesammelt haben? *Wenn ja: Warum? Wenn nein: Was ist bei Ihnen anders?*
- Gibt es aus Ihrer Sicht noch irgendwelche Punkte zum Thema, die wir noch nicht angesprochen haben, die Ihnen noch fehlen?
- Gibt es noch Anmerkungen, die Sie dem Ausländerbeauftragten in Sachsen mit auf den Weg geben wollen?

Vielen Dank, dass Sie an diesem Interview teilgenommen haben.

ZU DEN AUTORINNEN

Die Studie wurde von der Dresdner Forschungswerk GmbH durchgeführt, hinter der die beiden Geschäftsführerinnen Rebecca Renatus und Anja Obermüller stehen. Das 2017 gegründete Unternehmen ist ein kompetenter Ansprechpartner für empirische Analysen im Bereich der Kommunikations-, Markt- und Sozialforschung. Bereits 2018 / 2019 haben die beiden Autorinnen im Auftrag des Sächsischen Ausländerbeauftragten Geert Mackenroth eine Befragungsstudie zur Einbürgerung in Sachsen durchgeführt.

Als ehemalige Mitarbeiterinnen des Instituts für Kommunikationswissenschaft der TU Dresden verfügen Rebecca Renatus und Anja Obermüller über langjährige Erfahrungen in der Durchführung wissenschaftlicher Studien und fundierte Kenntnisse in den Methoden der empirischen Sozialforschung.



Anja Obermüller und Rebecca Renatus (v.l.)

www.offenes-sachsen.de